bbz
Berliner Bildungszeitschrift

GEW BERLIN

November / Dezember 2022

ZUSAMMEN DEN GANZEN TAG

KIJUSO
Migrationsberatung – Sozialrecht von A-Z

GEWERKSCHAFT
Deine Stimme bei den Wahlen 2023

TENDENZEN
Depressionen bei Jugendlichen

KOLUMNE

Zwischen Bühne und dem Seminarraum

von Johannes Wehrle

Im berufsbegleitenden Studium lerne ich endlich vermehrt andere Quereinsteigende kennen, und freue mich innerlich über die bunte Mischung: Jung und alt; Menschen, die in Chemielaboren gearbeitet haben; solche, die Unternehmen gegründet hatten, oder in ihrer ersten Karriere ein Hobby zum Beruf gemacht hatten und jetzt nach neuen Herausforderungen suchen.

Alle haben schon einen Master- oder Diplomstudiengang abgeschlossen, die meisten verfügen über eine mehrjährige Berufserfahrung. Und alle haben sich, mitten im Leben stehend, für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen entschieden.

Das Studium ist anspruchsvoll, temporeich und alles andere als ein symbolischer Akt: Während wir in der Rolle der Lehrkraft unterrichten und benoten, ist man hier gleichzeitig auch wieder Ersti, mit Bauchkribbeln vor der Klausur bei diesem einen strengen Professor. Und so startet man mit dem für Lehrkräfte so wichtigen Anspruch, gleichzeitig zu lehren und immer weiter zu lernen.

Und während die hohe Zahl der Quereinsteigenden einer Mangelsituation geschuldet ist, habe ich doch immer wieder das Gefühl, dass wir etwas Lebensnahes, Dynamisches, Wertvolles in die Schulen einbringen können. Und die Arbeit mit den Schüler*innen wird nie langweilig: »Weißt du, wo ich hinmuss? Äh ich meine, wissen Sie, wo ich hinmuss? Obwohl, Sie sind eigentlich nett, ich sage einfach du.«

*Johannes Wehrle hat Jazzpiano studiert und ist mit international erfolgreichen Künstler*innen durch Europa und die Welt getourt. Seit seinem Quereinstieg arbeitet er als Musiklehrer an der Bettina von Arnim-Schule.*

ZEICHNUNG: HARM BENGEN

Qualität der Kindertagesstätten im Blick

Das KiTa-Qualitätsgesetz muss die Abwärtsspirale in den Kitas stoppen

Doreen Siebernik, Leiterin des Organisationsbereichs Kinder- und Jugendhilfe beim GEW-Hauptvorstand

Die Bundesregierung will das sogenannte »Gute-KiTa-Gesetz« novellieren und damit die Qualität der Kindertagesbetreuung verbessern. So hat das Bundeskabinett am 24. August 2022 den Gesetzentwurf für das KiTa-Qualitätsgesetz beschlossen. Mit dem KiTa-Qualitätsgesetz will die Bundesregierung 2023 und 2024 vier Milliarden Euro in die Qualität der frühkindlichen Bildung investieren. Der Entwurf des KiTa-Qualitätsgesetzes sieht vor, dass die Länder über 50 Prozent der Mittel in sieben Handlungsfelder investieren: Bedarfsgerechtes Angebot, Fachkraft-Kind-Schlüssel, Gewinnung und Sicherung von qualifizierten Fachkräften, Starke Leitung, Sprachliche Bildung, Maßnahmen zur kindlichen Entwicklung, Gesundheit, Ernährung und Bewegung sowie die Stärkung der Kindertagespflege. Als GEW begrüßen wir ausdrücklich, dass die Förderung durch den Bund fortgeführt wird. Dies ist ein wichtiges Signal, um die Kommunen bei ihren Aufgaben zu unterstützen und die konstante Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sicherzustellen. Gleichzeitig fördert dies Familien und Erziehungsberechtigte bei der Vereinbarung von Familie und Beruf.

Seit Jahren setzt sich die GEW dafür ein, dass aus dem »Gute-KiTa-Gesetz« ein tatsächliches KiTa-Qualitätsgesetz wird. Es ist eine Notwendigkeit, dass eine progressive Qualitätsentwicklung in der frühen Bildung auf der Basis fachwissenschaftlicher und vergleichbarer Standards basiert. Vor dem Hintergrund des akuten Fachkräftemangels gilt es, diese sieben Maßnahmen zu priorisieren. Jedoch müssen die Handlungsfelder passgenauer beschrieben werden, damit wirksame Maßnahmen implementiert werden können. Bundesweit muss das Kita-System mit zusätzlichen Geldern stabilisiert werden. Der Status Quo ist nicht ausreichend. Schnellstens ist ein Signal des Aufbruchs erforderlich. Das brächte klare Perspektiven für die Fachkräfte und die Familien.

Die Abwärtsspirale, dass Kitas zu reinen Aufbewahrungsstätten der Kinder werden, muss durch dieses Gesetz gestoppt werden. Denn den pädagogischen Fachkräften in den Kitas gelingt es trotz unermüdlicher Anstrengungen kaum mehr, ihre pädagogische Arbeit qualitätsgerecht zum Wohl aller Kinder auszuüben und dabei konstruktiv und vielfaltssensibel mit den Familien zusammenzuarbeiten. Dem jetzigen Entwurf gelingt es noch nicht, die Balance zwischen den gestiegenen Anforderungen an die pädagogischen Fachkräfte und den Institutionen der Kindertagesbetreuung sowie den Ressourcen im System herzustellen. Deshalb muss sich Familienministerin Lisa Paus der Debatte stellen: Sind die Maßnahmen im Gesetzentwurf geeignet, um nachhaltig und zukunftsweisend eine Fachkräfte- und Qualitätsoffensive zu starten?

Aus unserer Sicht beinhaltet der veröffentlichte Entwurf hilfreiche Ansätze, um die Qualität in der Kindertagesbetreuung zu verbessern. Jedoch können diese nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem echten Qualitätsgesetz sein. Notwendig wären jetzt erhebliche Investitionen und mittelfristig eine kontinuierliche Erhöhung der Ressourcen für das System der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung. Das erfordert Mut der handelnden Politiker*innen, denn ein Umsteuern zu Ungunsten anderer Politikfelder wäre erforderlich. Alle Beteiligten müssen jetzt an einem Strang ziehen und das System mit Investitionen in Struktur und Personal stabilisieren. ■

FOTO: KAY HERSCHELMANN

29 GEWERKSCHAFT Mit 30.000 Mitgliedern sind wir der drittgrößte GEW-Landesverband und die Interessensvertretung der Bildungsarbeiter*innen in Berlin! Von Januar bis April 2023 werden die Gremien der GEW BERLIN neu gewählt. Werde aktiv, du kannst dich auf allen Ebenen, Fach- und Personengruppen, Bezirken und Abteilungen, einbringen. Deine Stimme zählt!

36 TENDENZEN
Während der Coronazeit haben Depressionen unter Kindern und Jugendlichen deutlich zugenommen. Tom-Lennart Marquas spricht offen über dieses Tabuthema und seine eigenen Erfahrungen.

20 KIJUSO
Cetin Sahin ist in der Migrationsberatung der AWO tätig. Er begleitet Ratsuchende in vielen sozialrechtlichen Fragen und stößt dabei in den Ämtern und Behörden nicht immer auf interkulturell offene Ohren. Ein Interview von Antje Jessa.

TITELBILD: PRIVAT OBEN LINKS: ADOBE STOCK/JENNY ON THE MOON; OBEN RECHTS: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE; UNTEN LINKS: ADOBE STOCK/JSIRLIN ; UNTEN RECHTS: IMAGO IMAGES/IPON

INHALT

Kolumne | Standpunkt | kurz & bündig | Impressum | Leser*innenforum 2-7 | 40

ZUSAMMEN DEN GANZEN TAG

Zwischen Quantität und Qualität – Ganztagsschulen im Stresstest *Ronny Fehler* 8

Ganztägig im Interesse der Beschäftigten *Thomas Lehmann-Petersen* 11

Aktuelle Standards für die Ganztagsschulentwicklung *Serviceagentur Ganztag Berlin* 12

Interview mit Erik Nowarra: Warum Schulsozialarbeit im Ganztag nicht wegzudenken ist *Antje Jessa* 14

Genug optimiert: für lebenswerte Kieze *Gökhan Akgün* 16

Erzieher*innen brauchen mehr Zeit und Raum *Sebastian Pfeiffer* 18

KINDER-, JUGENDHILFE & SOZIALARBEIT

Interview mit Cetin Sahin: Interkulturelle Öffnung der Berliner Ämter gewünscht *Antje Jessa* 20

SCHULE

Berliner Schulen im digitalen Neuland *Robert Odarjuk / Anne Albers* 22

Keine Schule für alle *Lisa Reimann* 24

Warum gute Fortbildungen dringend notwendig sind *Thomas Höchst* 25

Fünfter Warnstreik für einen TV Gesundheitsschutz *Markus Hanisch* 27

RECHT & TARIF

Warum Personalräte Einstellungen ablehnen *Franziska Fröhlich* 28

GEWERKSCHAFT

Die GEW BERLIN wählt *Martina Regulin / Tom Erdmann* 29

GEW Wahlen 2023: Werde aktiv! *Tine Scheffelmeier* 30

GEW-Schulleitungsvereinigung neu gewählt *Nuri Kiefer / Tina Kardam* 31

»Wir befinden uns im Bildungsnotstand« *Pablo Postigo Olsson* 32

Finanziell unsicher und psychisch belastend *Fachgruppe Erwachsenenbildung* 33

Die Landesdelegierten tagten *Markus Hanisch* 34

Gleichstellung. Weiter denken! *Elke Gabriel / Friederike Peiser* 35

TENDENZEN

Depressionen bei Jugendlichen *Tom-Lennart Marquas* 36

Zeitzeugin, Autorin, Vorbild: Trauerrede für Inge Deutschkron *Volker Ludwig* 38

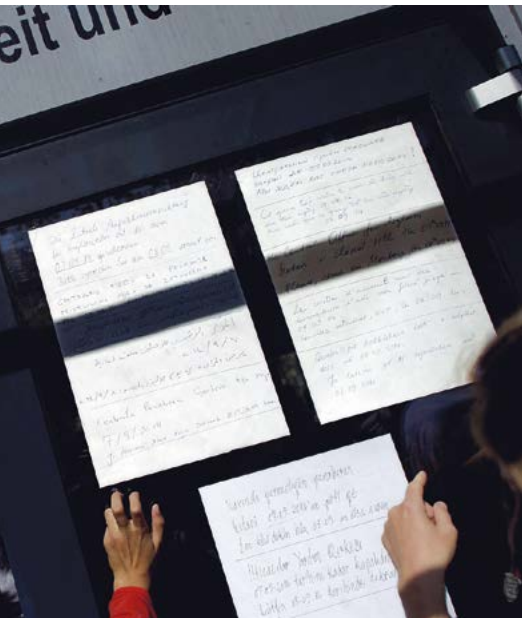
GLOSSE

Über Schule schreiben? Nichts leichter als das! *Gabriele Frydrych* 39

SERVICE

Bücher | Materialien | Aktivitäten 41

8 TITEL Ganztagsschulen sind in der Theorie ein gutes Konzept. Doch was braucht es für ein gelingendes und gutes Ganztagsangebot, für die Kinder wie für die Beschäftigten? Dieser Frage gehen wir nach und beleuchten verschiedene Aspekte wie die Rolle der Schulsozialarbeit oder den Blick der Gewerkschaft auf Ganztagsschulen.



Teilnehmer*innen des Bildungsfestivals, das am 9. und 10. September von »Schule muss Anders« und der Fritz-Karsen-Schule ausgerichtet wurde. In über 20 Workshops wurde über verschiedenste Aspekte von Bildungsgerechtigkeit diskutiert und gemeinsam Lösungen erarbeitet.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Mehr als 6.300 ukrainische Kinder an Berliner Schulen

Laut der Senatsverwaltung für Bildung hat Berlin seit dem Frühjahr 79 Lehrkräfte mit ukrainischer Staatsangehörigkeit eingestellt. Weitere Einstellungsverfahren laufen noch. Die Lehrkräfte übernehmen unterschiedliche Aufgaben, etwa in Willkommensklassen. Die Zahl der Kinder, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind und in Berliner Schulen unterrichtet werden, ist kontinuierlich angestiegen. Nach dem neuesten Stand sind es über 6.300 Kinder und Jugendliche, gut 2.300 in Regelklassen und 4.000 in Willkommensklassen. Bundesweit sind laut Kultusministerkonferenz mehr als 193.000 Kinder und Jugendliche an deutschen Schulen aufgenommen worden.

Wohnkosten für Studierende stark gestiegen

Ergebnisse zweier aktueller Studien von Forschungsinstituten zeigen, dass die Mieten für Studierende so hoch sind wie nie. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat die Wohnkosten einer fiktiven studentischen »Musterwohnung« mit 30 Quadratmetern Wohnfläche und einer durchschnittlichen Ausstattung in direkter Umgebung zur nächstgelegenen Hochschule berechnet. Im Berlin muss man dafür im Schnitt aktuell 718 Euro monatlich zahlen, einschließlich Heiz- und Nebenkosten, eine Steigerung um 18,5 Prozent zum Vorjahr. Laut dem Moses Mendelssohn Institut liegen die Kosten für ein WG-Zimmer bei einem bundesweiten Mittel von 435 Euro, das 2021 noch bei 391 Euro lag. Berlin ist auch hier teurer als der bundesweite Durchschnitt mit 550 Euro. Die im BAföG enthaltene Wohnkostenpauschale von 360 Euro (zuvor 325 Euro) reicht den Berechnungen zufolge in nur wenigen Städten wie Chemnitz oder Magdeburg für studentischen Wohnraum.

Studie: Schulen profitieren von Zusammenarbeit mit Familien

Ansätze für eine Begleitung von Eltern an Grundschulen werden aktuell vermehrt erprobt. Familien profitieren stark von einer vorurteilsbewussten und wertschätzenden Kommunikation im Schulkontext. Grundschulen werden durch die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Familienförderung personell und zeitlich entlastet. Dies sind Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung, die einen Überblick über innovative Ansätze und Erfahrungen aus Ländern und Kommunen zur elterlichen Bildungsbegleitung im Schulbereich gibt, bei der Familien mit Grundschulkindern durch passgenaue Angebote besser erreicht werden sollen. Aus der Praxis lassen sich Gelingensbedingungen und wichtige Impulse für die zukünftige Umsetzung ähnlicher Vorhaben ableiten. Die Studie »Begleitung von Eltern mit Grundschulkindern – Wie die Zusammenarbeit mit Familien gelingt« wurde vom Kompetenzteam »Frühe Bildung in der Familie« (Evangelische Hochschule Berlin) für das Bundesfamilienministerium durchgeführt.

Dringende Schulsanierungen gestrichen

Der Berliner Senat hat bei den Investitionen für 2022 bis 2026 zahlreiche Schulbaumaßnahmen nicht berücksichtigt. Laut Tagesspiegelrecherchen sollen nur 40 von 173 Schulen auf der Dringlichkeitsliste der Bildungsverwaltung Investitionsmittel zur Sanierung und Erweiterung erhalten. Dadurch fallen auch Projekte heraus, die auf den Prioritätenlisten der Bezirke weit oben standen und dringenden Sanierungsbedarf haben. Scharfe Kritik kam neben den Bezirksämtern auch von Elternvertreter*innen. Eine geteilte Sorge sind der mögliche Wegfall von Schulplätzen, wie es auch Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN, formuliert: »Wer Schulen nicht oder zu spät saniert, nimmt bewusst den Verlust von Schulplätzen in Kauf. Sanierungsvorhaben dürfen auf keinen Fall verschoben werden. Auch an den Ausweichstandorten darf es keine Kürzungen geben«.

Protest gegen Streichung der Stufe 5-Zulage

Am 24. September haben Lehrkräfte und ihre Familien vor dem Roten Rathaus gegen den Wegfall der sogenannten Erfahrungszulage von bis zu 1.600 Euro demonstriert. Als Anreiz für Berufseinsteiger*innen war die Vorweggewährung der Erfahrungsstufe 5 im Jahr 2009 eingeführt worden. Diese wird ab dem 1. Januar 2023 bei allen Neueinstellungen wegfallen. Als Begründung wird vom Senat die Rückkehr zur Verbeamtung in Berlin angeführt. Der Wegfall trifft diejenigen, die nicht verbeamtet werden wollen oder es nicht können, etwa aus gesundheitlichen oder aus Altersgründen. Udo Mertens, Leiter des Vorstandsbereichs Beamten- und Angestelltenpolitik der GEW BERLIN kritisiert:

»Die einzige Gewinnerin ist die Landeskasse. Das ist umso perfider, als dass der Senat mit der übertariflichen Zulage weiter Kolleg*innen in den Quereinstieg lockt. Einige haben mit der Aussicht auf ein attraktives Gehalt nach dem Ende der Ausbildung ihre bisherigen Berufe gekündigt. Diese Kolleg*innen fühlen sich jetzt zurecht betrogen. In Zeiten des größten Lehrkräftemangels seit Jahrzehnten ist dieses Signal fatal« Die GEW BERLIN fordert schon seit zehn Jahren eine Zulage, die auf der Grundlage des bestehenden Tarifvertrages gezahlt werden könnte und die die wirklichen Unterschiede im verfügbaren Einkommen zwischen Beamt*innen und Angestellten ausgleicht. Unter der Adresse *www.gew-berlin.de/faq-sonderzulage* beantwortet die GEW BERLIN die häufigsten Fragen zum Thema.

Ehrung für 56 »Nachhaltigkeitsschulen« in Berlin

In diesem Jahr erhalten 56 Berliner Schulen das internationale Prädikat »Umweltschule in Europa/Internationale Nachhaltigkeitsschule« und sind dafür Anfang September im Roten Rathaus geehrt worden. Belohnt werden Schulen, die den Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit in der Schul- und Unterrichtsentwicklung gelegt haben. So richtete beispielsweise eine Schule eine nachhaltige Cafeteria ein, die wenig Müll produziert; eine andere Schule entwickelte einen digitalen Secondhand Verkauf von Kleidung.

Schlechte Chancen auf höhere Bildung für Kinder mit Migrationshintergrund

Eine Studie im Auftrag der GEW kommt zu dem Ergebnis, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland deutlich schlechtere Chancen haben, ein Hochschulstudium aufzunehmen, dieses erfolgreich abzuschließen und eine akademische Laufbahn einzuschlagen, als Menschen ohne. Nach dem Vorbild des aus den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks bekannten »Bildungstrichters« hat Studienautor René Krempkow einen »Migrations-Bildungstrichter« entwickelt. Dieser soll anschaulich darstellen, wie es mit der Chancengleichheit der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bei Übergängen im Bildungssystem von der Grundschule bis zur Doktorarbeit bestellt sei. Ein zentrales Ergebnis ist, dass an allen Schwellen des Bildungssystems für Personen mit Migrationshintergrund die Chancen halb so groß sind wie für solche ohne. »Inklusive Bildung und Chancengleichheit müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehören längeres gemeinsames Lernen an den Schulen, die soziale Öffnung der Hochschulen etwa durch eine grundständige BAföG-Reform, verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft, aber auch die individuelle Förderung der Studierenden auf Basis besserer Betreuungsrelationen sowie der Aufbau einer wirksamen Antidiskriminierungsstruktur«, forderte Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender und Hochschulexperte.

Erfolgreiches Wissenschaftsprojekt mit Schüler*innen

Im Rahmen des »Wissenschaftsjahres 2022 – Nachgefragt!« führt das Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO) zusammen mit Schüler*innen das Projekt »Aller Anfang ist…?« durch und führt diese an sozialwissenschaftliche Forschung heran. Das Projektteam des ZMO kommt für Workshops in die teilnehmenden Klassen und vermittelt die methodischen Grundlagen der Interviewführung. Außerdem unterstützt es die Jugendlichen dabei, ihre Interviews zu reflektieren und auszuwerten. Schüler*innen aus Berlin, Celle und Halle haben Zeitzeug*innen zu den Themen »Ankommen« und »Neuanfänge« befragt und damit bereits verwendbare Forschungsdaten erhoben.

Korrekturhinweis *bbz* September/Oktober 2022

Eine Korrektur in eigener Sache. In der letzten Ausgabe der *bbz* (September/Oktober 2022) wurde am Ende des Artikels »Noch lange nicht barrierefrei« seitens der Redaktion in einem Satz das Hamburger Modell erläutert. Dort wurde fälschlicherweise geschrieben, dass nach diesem Modell Beschäftigte weiterhin krankgeschrieben sind. Richtigerweise sind aber nur Tarifbeschäftigte während dieser Maßnahme arbeitsunfähig geschrieben, Beamt*innen hingegen nicht. Korrekterweise lautet die Kurzerläuterung des Hamburger Modells: Das Hamburger Modell sieht eine stufenweise, freiwillige Wiedereingliederung in das Arbeitsleben nach längerer Krankheit vor. Die Tarifbeschäftigten sind dabei weiterhin krankgeschrieben.

ÜBRIGENS

Grundsätzlich schreibt die Leiterin der Redaktion ja diese Kolumne. Nun hat Corona aber auch in der *bbz* um sich gegriffen und unsere Endredaktion durcheinandergebracht.

Es ist zu hoffen, dass sich das nicht in der Qualität unserer Ausgabe bemerkbar macht. Aber: Wenn ihr Wünsche an unsere Arbeit oder Vorschläge für Texte oder Themen habt, dann meldet euch. Wir fragen immer wieder und meinen das durchaus ernst.

Wünschen können wir uns ja vieles. Weihnachten ist beim Schreiben und Lesen dieser Zeilen zwar noch ewig hin, aber bis wir uns in der nächsten bbz wiedersehen, ist's 2023. Die Redaktion wünscht einen guten Rutsch! *mhh*

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die *bbz* veröffentlicht Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. Schreibt an *bbz@gew-berlin.de* und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS
Januar/Februar 2023:
21. November

Die Inhalte in der *bbz* geben die Meinungen der Autor*innen wieder, nicht die der Redaktion. Erst recht sind sie nicht als verbandsoffizielle Mitteilungen der GEW BERLIN zu verstehen. Die *bbz* sieht es als ihre Aufgabe, nicht nur Verkündungsorgan der offiziellen Beschlusslage zu sein, sondern darüber hinaus auch Raum für kontroverse Positionen zu geben, Diskussionen zu ermöglichen und so zur Meinungsbildung in der GEW beizutragen.

IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint zweimonatlich (6 Ausgaben). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Nadine Wintersieg (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Josef Hofman, Antje Jessa, Caroline Muñoz del Rio, Jeannine Schätzle, Ralf Schiweck, Joshua Schultheis, Bertolt Prächt (Fotos), Doreen Stabenau (Sekretariat).
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Anzeigen: bleifrei Medien + Kommunikation, info@bleifrei-berlin.de, Tel. 030/613936-30. Es gilt die Preisliste Nr. 16 vom 1.10.2021
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik / Brauweiler, Miller
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

ISSN 0944-3207 / 75. (90.) Jahrgang 11-12 / 2022: 29.500

Zusammen auf der Straße für den ganzen Tag

Zwischen Quantität und Qualität – Ganztagsschulen im Stresstest

Die steigende gesellschaftliche Bedeutung schulischer Ganztagsangebote steht außer Frage, dennoch verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für die Kolleg*innen

von Ronny Fehler

Seit der Grundschulreform 2006 ist jede Berliner Grundschule eine Ganztagsschule, in offener oder gebundener Form. Leider entsteht auch 16 Jahre später noch immer der Eindruck, dass vielerorts lediglich das Türschild ausgetauscht wurde. Was früher Hortbetreuung hieß, nennt sich heute Ganztag. Doch es bedarf mehr, damit ein guter Ganztag gelingen kann. Das wird umso wichtiger, je mehr Kinder diesen besuchen und je mehr Zeit sie dort verbringen. Allerdings muss dem freien und kostenlosen Zugang zur Ganztagsbetreuung mit dem einhergehenden stetigen quantitativen Ausbau endlich die überfällige Qualitätsverbesserung folgen!

Festzustellen ist dennoch, dass es viele Schulteams gibt, die unter großen Anstrengungen und mit viel eigenem Engagement gelingende Ganztagsschulen aufgebaut haben. Sie sind es, die die Bedürfnisse kindlicher Entwicklung mit den Inhalten des Rahmenlehrplans verbinden und formelles mit informellem Lernen in Gleichklang bringen. Multi-

professionelle Schulteams, die auf Augenhöhe und gleichberechtigt den Schulalltag planen, gestalten und umsetzen. Jedoch zollen diese Leuchttürme auch ihren Tribut und dürfen nicht als Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden!

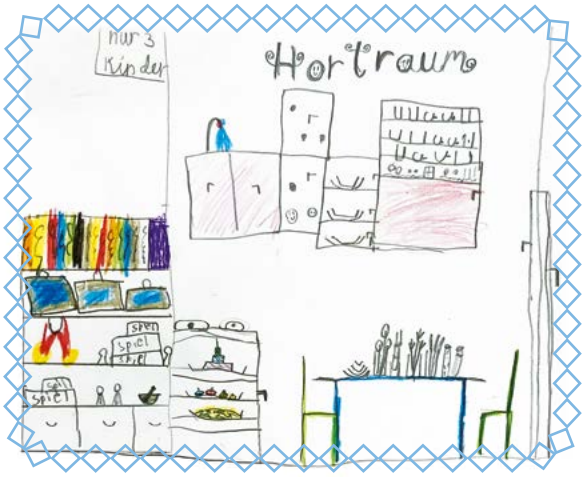
Keine Ganztagsschule zum Nulltarif

Mit der Umstellung auf einen Ganztagsschulbetrieb, wurden offene Ganztagsschulen (OGB) mit verschiedenen Betreuungsmodulen für die Früh- und Nachmittagsbetreuung und gebundene Ganztagsschulen (GGB) mit einer verbindlichen Betreuung bis 16 Uhr konzipiert. Trotz diesen Anpassungen mangelt es jedoch noch immer am politischen Willen, die Verbindung von Unterricht am Vormittag und Betreuung am Nachmittag verbindlich als gemeinsamen Bildungsauftrag festzuschreiben und flächendeckend zu realisieren. Gute Qualität ist der zentrale Schlüssel für gelingende Ganztagsschule. Es ist höchste Zeit, die Rahmenbedingungen im Ganztag zu verbessern und das Berliner Bildungsprogramm für die Ganztagsgrundschule endlich auch praktisch im schulischen Ganztag zu verankern. Ohne diese Schritte, werden wir auf Dauer die Ganztagsschule nicht wirklich weiterentwickeln. Was vielleicht harmlos klingt, hat aber zur Folge, dass wir Kindern und Familien eine echte Partizipation am Leben verwehren und Bildungschancen ausbleiben, dass unsere Kolleg*innen ausbrennen und krank werden. Das Land Berlin muss sich ehrlich machen, denn nur so kann der Ganztag für alle gelingen. Auch ein gerade neu erarbeiteter Kriterienkatalog mit Qualitätsstandards wird die Situation nicht von selbst heilen. Eine gelingende Ganztagsschule wird es nicht zum Nulltarif geben. Wir müssen in unsere Schulen investieren. Da führt kein Weg dran vorbei. Die GEW BERLIN fordert deshalb und setzt sich insbesondere für ausreichend Platz; Verbesserung des Personal- und Leitungsschlüssels und eine verlässliche Ausstattung für mittelbare pädagogische Arbeit, wie Elternarbeit, Beobachtung, Dokumentation und Kooperation, ein.

Vier Kernforderungen der GEW BERLIN

Jedem Schulkind müssen mindestens drei Quadratmeter pädagogische Nutzfläche zur Verfügung stehen. Der Raum – als dritter Pädagoge – ist in der Ganztagsgestaltung immer mitzudenken und in seiner Ausstattung, den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder entsprechend, zur Verfügung zu stellen. Müssen, aufgrund der Situation vor Ort, Räume zeitlich begrenzt doppelt genutzt werden, so sind dafür verbindliche Qualitäts- und Mindeststandards festzulegen beziehungsweise ist ein spezielles Raumnutzungskonzept zu erarbeiten. Dem pädagogischen Fachpersonal sind schulische Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und den gewachsenen Erfordernissen entsprechend auszustatten. Mindestens sind die Standards des Musterraumprogramms sicher zu stellen.

Ein Kernanliegen der GEW BERLIN ist es weiterhin, einen besseren Personalschlüssel im pädagogischen Alltag zu schaffen. Weil im gesetzlichen Personalschlüssel auch die Zeiten für Urlaub, Fortbildung, Krankheit und mittelbare pädagogische Arbeit enthalten sind und durch die kleinteiligen Betreuungsmodule die Anwesenheit der Kinder nicht gleichlaufend zur Arbeitszeit der Erzieher*innen ist, sind trotz eines Personalschlüssels von 1:22 reale Betreuungsrelationen von 1:40 und schlechter keine Seltenheit. Wir fordern deshalb, den gesetzlich festgeschriebenen Personalschlüssel von jetzt 1:22 auf 1:15 zu senken. Unter Berücksichtigung der akuten Mangelsituation an ausgebildeten Erzieher*innen in



»Es gibt viele Schulteams, die unter großen Anstrengungen und mit viel Engagement gelingende Ganztagsschulen aufgebaut haben.«

ZEICHNUNGEN IM TITEL: NÜRTINGEN-GRUNDSCHULE/KINDER DER 123-KLASSEN FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Baustelle halbiert Spielvergnügen

Berlin schlagen wir vor, diese Absenkung in mehreren Schritten abgestimmt umzusetzen. Ein verbesserter Personalschlüssel trägt zur Steigerung der pädagogischen Qualität bei.

Die koordinierenden Erzieher*innen tragen eine hohe Verantwortung bei der pädagogischen Entwicklung der Ganztagsangebote, bei der Alltags-, Essens- und Arbeitsorganisation und in der Teamführung. Deshalb dürfen die Leitungskräfte des Ganztagsbetriebs nicht länger auf die Rolle als »koordinierende Erzieher*in« reduziert werden. Die heutige Regelung, die an einer Ganztagsschule maximal eine volle Leitungsstelle vorsieht, stammt aus der Zeit der in der Größe überschaubaren Horte. Im heutigen Ganztagsbetrieb sind 400 betreute Kinder und Teams von 30 Mitarbeiter*innen an einer Schule keine Seltenheit mehr. Für diese Entwicklung brauchen wir auch einen Anstieg an freigestellten Erzieher*innen mit Leitungsfunktion in unseren Ganztagsschulen. Denkbar wäre eine Regelung, die einen kindgebundenen Schlüssel von 1:15 mit einer Deckelung der Leitungsausstattung bei zwei vollen Stellen verbindet.

»Zur Gestaltung von hochwertiger pädagogischer Arbeit brauchen Erzieher*innen Zeit.«

Zur Gestaltung einer qualitativ hochwertigen pädagogischen Arbeit brauchen Erzieher*innen Zeit. Zeit für Vor- und Nachbereitung, Zeit für Absprachen und Teamsitzungen und sie brauchen Zeit für Eltern- und Netzwerkarbeit. Eine deutliche Ausweitung der bestehenden stellenbezogenen Ausstattung für die mittelbare pädagogische Arbeit (mpA) ist in der derzeitigen Arbeitssituation zumeist ein frommer Wunsch. Deshalb ist ein verbesserter Personalschlüssel wiederum eine Voraussetzung dafür, dass die dringend notwendige verlässliche Ausstattung mit Verfügungszeiten, also Zeit für mitteilbare pädagogische Arbeit, nicht dem Druck der engen Dienstpläne zum Opfer fällt. Parallel zur Verbesserung des Personalschlüssels kann und muss deshalb auch die Ausstattung der Erzieher*innenstellen mit Verfügungszeiten ausgeweitet werden.

Lasst uns aktiv werden

Blicken wir in die letzten Wahlprogramme sämtlicher politischer Parteien in dieser Stadt, scheinen wir uns in diesen Punkten alle einig zu sein und eigentlich könnten wir jetzt loslegen und unsere Schulen aufpolieren. Die GEW BERLIN wird nicht müde hier zu ackern und diese Themen zu schieben. Alleine der aktuelle Koalitionsvertrag macht schlechte Laune. Denn hier ist die Entwicklung des Berliner Ganztags alles andere als konkret abgebildet. Und so liegt es wieder bei den Beschäftigten im Berliner Schuldienst, den gewerkschaftlich engagierten Kolleg*innen, aktiv zu sein. Lasst uns unermüdlich auf die Missstände aufmerksam machen, Aktionen planen und weiterhin mit den Politiker*innen im Gespräch sein. Engagiert euch in euren Bezirken und kommt in die Fachgruppe sozialpädagogische Berufe an Schulen. Mischt mit!

Dienstvereinbarungen

Am 23.09.2015 wurde nach mehrjährigen Verhandlungen die »Dienstvereinbarung über die mittelbare pädagogische Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern an Grundschulen und Schulen mit sonderpädagogischen Fächerschwerpunkt« (DVmpA) zwischen der Senatsbildungsverwaltung und den zuständigen schulischen Personalräten abgeschlossen.

*Diese Dienstvereinbarung sichert den Erzieher*innen an den Berliner Ganztagsgrundschulen (die beim Land Berlin beschäftigt sind) einen Anspruch von mindestens vier Stunden in der Woche für die mittelbare pädagogische Arbeit. Gleichzeitig wurde auch verhandelt, dass die Dienstvereinbarung zeitnah evaluiert und entsprechend angepasst wird. Leider ist es bis heute nicht gelungen, eine Verbesserung der Dienstvereinbarung zu realisieren. Die Senatsverwaltung blockiert hier vehement. Dennoch ist der Personalrat zuversichtlich, hier bis zum Jahresende eine Aufwertung zu erzielen.*

Ronny Fehler,
Referent Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

FOTO: PRIVAT

Ganztägig im Interesse der Beschäftigten

Der Gesundheitsschutz gehört neben der Arbeitssicherheit zu den Pflichten der Arbeitgeber*innen. Personal- und Betriebsräte an den Ganztagsschulen setzen sich dafür ein, dass die Kolleg*innen mit ihren Problemen wahrgenommen werden

von Thomas Lehmann-Petersen

Seit vielen Jahren bin ich als Erzieher in einem Ganztagsbereich für einen freien Träger in Berlin tätig und habe in meiner Funktion als Personalrat viel mit den Angelegenheiten von Kolleg*innen in den »Ganztagen« zu tun.

In konfliktträchtigen Personalgesprächen stehen wir als Personalräte zum Beispiel den Kolleg*innen unterstützend beiseite und beraten sie, wenn sich Probleme abzeichnen. Wir weisen die Kolleg*innen immer wieder auf die Möglichkeit und die Notwendigkeit hin, Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen zu stellen. Wenn unser Arbeitgeber als Kooperationspartner dafür zuständig ist, nehmen wir an Begehungen zur Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen teil. Wir wirken auf Führungskräfte ein, damit die Kolleg*innen im Ganztag zu ihrem Recht auf Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit kommen. Das passiert erfreulicher Weise in der Regel, wobei der Bedarf an Austausch und für Organisationsabsprachen den in Berlin vorgesehenen zeitlichen Rahmen für mittelbare pädagogische Arbeit deutlich überschreitet. Zudem schauen wir genau hin, ob die tatsächlich erbrachte Arbeitszeit auch wie geleistet erfasst wird. Die Aufgaben für uns als Personalräte sind umfangreich, unter anderem deshalb, weil der überwiegende Teil, der bei uns im Sozial- und Erziehungsdienst Beschäftigten in den Ganztagsbereichen arbeitet.

Prekäre Arbeitssituationen werden sichtbar

Unser bislang größter Erfolg ist die Etablierung von Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen. Zunehmend mehr Kolleg*innen nutzen diese Möglichkeit, um auf ihre zum Teil prekären Arbeitsbedingungen hinzuweisen. Dazu gehören zum Beispiel eine mangelhafte Ausstattung, Personalmangel aufgrund von unbesetzten Stellen oder fehlender Krankheitsvertretung. An einem Standort haben die Kolleg*innen durch das regelmäßige Stellen von Überlastungsanzeigen eine Arbeitsplatzbegehung mit anschließender Gefährdungsbeurteilung erwirkt. Ergebnis war, dass der Arbeitsbereich für die zu betreuenden Kinder mit Handicaps, wie beispielsweise Rollstuhlnutzer*innen, umfangreich neu ausgestattet werden musste. Ein toller Erfolg für die Kolleg*innen und die Kinder!

Durch die zunehmend oft gestellten Überlastungsanzeigen haben wir als Personalräte mehr Gewicht und belegbare Anlässe für die Debatten mit den verantwortlichen Entscheidungsträger*innen. Das hilft uns sehr, die Entscheidungsträger*innen an ihre Verantwortung zu erinnern, um dann Abhilfe oder Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Für Datenschutzaspekte sensibilisieren

Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung ist es für uns wichtig, die Kolleg*innen in den Einrichtungen für Datenschutzaspekte im Umgang mit digitalen Endgeräten zu sensibilisieren. Wir sehen die Nutzung privater digitaler Endgeräte im dienstlichen Kontext kritisch, da es bei einem Datenschutzvorfall durch die Nutzung privater Endgeräte zu unschönen Folgen für die Beschäftigten kommen kann.

»Durch die zunehmend gestellten Überlastungsanzeigen haben wir als Personalräte mehr Gewicht.«

Weiterhin ist es für uns wichtig, dass wir möglichst regelmäßig mit den Teams oder einzelnen Kolleg*innen unter anderem zu diesen Themen in den Austausch kommen. Es ist viel Arbeit, aber auch kleine Erfolge haben manchmal eine große Wirkung.

Thomas Lehmann-Petersen, Personalrat bei einem freien Träger

Aktuelle Standards für die Ganztagsschulentwicklung

Das Team der Serviceagentur Ganztag Berlin gibt einen Einblick in ihre Arbeit

vom Team der Serviceagentur Ganztag Berlin

Die Anlässe, warum sich Leitungsteams oder Steuerungsgremien an uns wenden, um sie bei Schulentwicklungsprozessen zu begleiten, sind vielfältig. Oft geht es um die ganz konkrete Veränderung des Zeitkonzeptes, der Kooperationskultur oder einen praktikablen Umgang mit den räumlichen Möglichkeiten. Nicht selten werden veränderte Interessen, Förder- und Unterstützungsbedarfe der Schüler*innen, andere Bedarfe von Erziehungsberechtigten oder auch zunehmende oder schwindende Teilnahmezahlen festgestellt, so dass konzeptuelle Anpassungen oder eine Schärfung des Ganztagsschulprofils notwendig sind. Eine Schule trat zum Beispiel mit folgendem Anliegen an uns heran: »Unser Kollegium hat vor einigen Jahren ein Ganztagskonzept für unsere Schule entwickelt, das wir nun den veränderten Bedingungen anpassen wollen.«

»So individuell die Schulen sind, so individuell sind auch die Beratungsprozesse.«

Kombination von Prozess- und Fachberatung

Die Serviceagentur Ganztag Berlin (SAG) ist ein durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gefördertes Programm der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und neben proSchul und der Fortbildung Berlin Teil des Unterstützungssystems für Berliner Schulen. Als Impulsgeberin, Netzwerkerin, Beraterin unterstützen wir Einzelschulen sowie die Bildungsverwaltung bei der qualitativen Weiterentwicklung der Ganztagsschule. Damit sind wir Ansprechpartnerin für nahezu alle Berliner Schulen. Alle öffentlichen Grundschulen, Integrierten Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt sind in Berlin Ganztagsschulen. Darüber hinaus bietet ein Drittel der Gymnasien ganztägiges Lernen an.

Die SAG bietet auf Anfrage individuelle Schulentwicklungsberatung (SEB) rund um das Themenfeld des Lernens über den ganzen Tag an. Das Verfahren, das sich hierbei bewährt hat und uns auszeichnet, ist eine Kombination von Prozess- und Fachberatung. Wir arbeiten dabei systemisch: die Fragen, Kompetenzen und Ressourcen der jeweiligen Schule stehen im Zentrum und sind damit Anknüpfungspunkt der für sie kostenfreien Beratung.

Zielgruppe der Schulentwicklungsberatung sind Leitungsteams und Steuerungsgremien. Hier ist Multiprofessionalität gefragt, denn wir arbeiten nur mit Gruppen, in denen alle Akteur*innen vertreten sind, die für die gewünschte Veränderung gebraucht werden. Im Zentrum der Beratung stehen die Perspektiven der Schüler*innen und das Lernen über den ganzen Tag. Unser konkretes Unterstützungsangebot für eine Schule umfasst in der Regel drei bis vier Termine pro Schuljahr, die im Sinne einer Prozessarchitektur geplant werden.

Meilensteine setzen

Der erste Schritt dafür ist eine solide Analyse der Ausgangslage. Hierfür stellen die Qualitätsstandards für die inklusive Berliner Ganztagsschule ein neues Instrument dar. Auch das Veranstaltungsformat IMMER AUF ACHSE kann für den Einstieg sinnvoll sein, um Schulentwicklungsprozesse zu reflektieren.

Es folgt eine gemeinsame Zielklärung, Meilensteinplanung und die Verabredung der spezifischen Leistung der SAG. Entsprechend dieser abgestimmten Prozessarchitektur wird dann eine Sitzung der Steuergruppe qua Moderation begleitet, ein Studientag durchgeführt oder es werden Fachinputs in die Entwicklungsarbeit der Schule eingebracht. Da Prozesse nie genau vorhersehbar sind, unterstützen wir, falls erforderlich, auch die Umsteuerung.

Diese konzentrierte, fachliche Begleitung des Entwicklungsprozesses der Schule mündet abschließend in einer gemeinsamen kommunikativen Bilanzierung und einem Ausblick, der die schulischen Beteiligten darin stärken soll, den Prozess mit geklärten Zuständigkeiten eigenständig fortzusetzen. Dies ist eine wichtige Stellschraube für die Nachhaltigkeit der Beratung. Zudem wird der Beratungspro-

zess im Nachgang einer anonymem Wirkbefragung unterzogen.

Die eingangs zitierte Anfrage einer Schule führte nach diesem Verfahren zu einer intensiven Sondierung der aktuellen Themen der Schule von Personalmangel über veränderte Bedarfe hinsichtlich der Zeitstrukturierung bis hin zur Organisation des Mittagsbands. Davon ausgehend erfolgte die Fokussierung auf die partizipative Erarbeitung einer bedarfsorientierten Zeitstruktur und die intensive Vorbereitung der Abstimmung der neuen Rhythmisierung in der Gesamtkonferenz. Im Abschlussgespräch wurde dieser Prozess als erfolgreich beschrieben: »Wir sind unserem Ziel mit Ihrer Hilfe ein großes Stück nähergekommen« und »durch ihre Strukturierung haben wir viel Zeit gespart«.

Bessere Planungen für mehr Durchblick

Qualitätsstandards als Arbeitsgrundlage nutzen

Verbindliche Instrumente der Schulentwicklung sind das Schulprogramm und der Schulvertrag. Hier werden Zielsetzungen und Umsetzungsmaßnahmen der Schulentwicklung schriftlich festgehalten. Die neuen Qualitätsstandards für die inklusive Berliner Ganztagsschule sollen helfen, das Lernen über den ganzen Tag hier systematischer als bislang zu integrieren. Sie formulieren das Qualitätsverständnis guter Ganztagsschule im Land Berlin, sind handlungsleitend für alle Schularten und ein Instrument für die interne Schulentwicklungsarbeit. Gemäß der Qualitätsstandards für die inklusive Berliner Ganztagsschule zeigt sich Qualität insbesondere daran, inwiefern es gelingt, Lernen über den ganzen Tag zu ermöglichen und dabei die Bedarfe und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ins Zentrum zu stellen. Der Berliner Ganztagsstern beschreibt die Qualitätsbereiche, die bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Ganztagsschulen besonders bedeutsam sind: Dazu zählen ein klares Ganztagsschulprofil, eine kind- und jugendgerechte Rhythmisierung, kooperationsförderliche Zeitstrukturen sowie eine bedarfsgerechte Verpflegung und Ausgestaltung der verfügbaren Räumlichkeiten. Insbesondere machen eine kooperative Steuerung, eine gute Praxis der Zusammenarbeit im multiprofessionellen Kollegium und mit außerschulischen Kooperationspartner*innen, die Vielfalt beziehungsweise die sinnvolle Verzahnung der Bildungselemente sowie eine partizipative Praxis eine gute Ganztagsschule aus.

Selbstverständlich ist die Umsetzung der Qualitätsstandards für die inklusive Berliner Ganztagsschule ein Prozess, der nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden kann. Wichtig ist, dass die Berliner Ganztagsschulen ihre Weiterentwicklung in den nächsten Jahren gezielt angehen beziehungsweise fortführen. Dabei ist aber auch klar, dass Qualitätsentwicklung Zeit, einen guten Plan und einen angemessenen Rahmen sowie oftmals auch Kreativität und Unterstützung braucht. Und hier kommt das Unterstützungssystem mit seinen vielfältigen Beratungsangeboten ins Spiel. Doch so individuell die Schulen sind, so individuell sind auch die Beratungsprozesse. Die oben dargestellte Vorgehensweise hilft dabei, den Entwicklungsprozess zu strukturieren und die Qualitätsstandards für die inklusive Berliner Ganztagsschule sind ein konkretes Arbeitsinstrument, um Qualität beschreibbar zu machen. Insbesondere die Checklisten und Entwicklungsskalen sind praktische Instrumente für eine Bestandsaufnahme und einen schulinternen Austausch über das, was gut gelingt und das, was bedarfsorientiert weiter- oder neuentwickelt werden sollte. Die Schulentwicklungsberatung wiederum unterstützt dann bei der Fokussierung von Zielen, denn die durchaus abstrakten Standards müssen ja in die eigene Praxis übersetzt werden, um schrittweise an einzelnen und zum spezifischen Bedarf passenden Aspekten zu arbeiten.

So gehen ein bewährtes Verfahren der Schulentwicklungsberatung als Kombination von Prozess- und Fachberatung und die Arbeit mit den Qualitätsstandards für die inklusive Berliner Ganztagsschule Hand in Hand – im Dienste einer bestmöglichen Unterstützung der Berliner Ganztagsschulen.

Informationen und Materialen zu den Qualitätsstandards für die inklusive Berliner Ganztagsschule findet ihr unter: www.berlin.de/sen/bjf/go/ganztag.

Das gesamte Angebot der SERVICEAGENTUR GANZTAG BERLIN (SAG) sowie Materialien und Praxisbeispiele findet ihr unter: www.sag-berlin.de

Team der Serviceagentur Ganztag Berlin

FOTO: PRIVAT

Schule, ein Ort für Bewegung und Rückzug

Warum Schulsozialarbeit im Ganztag nicht wegzudenken ist

Seit über 28 Jahren arbeitet Erik Nowarra als Schulsozialarbeiter an verschiedenen Berliner Sekundarschulen. Im Interview erklärt er die Rolle der Schulsozialarbeit in Ganztagsschulen und weshalb das heute immer noch sein Traumberuf ist

Das Interview führte Antje Jessa

bbz: Seit wann gibt es die Schulsozialarbeit im Ganztag und wie viele sozialpädagogische Fachkräfte gibt es pro Sekundarschule?

Nowarra: Den Ganztag an Gesamtschulen gibt es seit Anfang der 1970er Jahre fast bundesweit. Im öffentlichen Dienst kann es laut den jährlichen »Zumessungsrichtlinien für weiteres pädagogisches Personal« bis zu fünfeinhalb sozialpädagogische Fachkräfte in Vollzeit für eine sechszügige Sekundarstufe geben. Von diesen Fachkräften sind dann je nach Ganztagsbetrieb ein Drittel bis die Hälfte Sozialpädagog*innen und die weiteren Stellen entfallen auf Erzieher*innen. In der Gewerkschaft und den Personalräten wird dieses Personal leider meist ignoriert.

Wie hat sich der Begriff »Schulsozialarbeit« im Ganztag durch die Berliner Bildungsreform vor zwölf Jahren geändert?

Nowarra: Seit der Bildungsreform reduzierte die Senatsverwaltung den Begriff auf die Beratungstätigkeit, spaltete die Freizeitpädagogik als sogenannten »Ganztag« ab trennte diese Bereich sowohl finanziell als auch meist in verschiedene Träger. Zugleich wurden überwiegend nur noch Dreiviertel-Stellen geschaffen. Vorher erlebten die Schüler*innen die Fachkräfte auch vorab, in offenen Freizeit- sowie Präventionsangeboten, und nicht erstmalig bei Problemen. Durch das »Aufsplitten« wurden diese vielfältigen Beziehungsmöglichkeiten reduziert und der flexible Arbeitsalltag erschwert.

Was sind deine inhaltlichen Schwerpunkte und Aufgaben?

Nowarra: Schulsozialarbeit im Ganztag ist kontinuierliche Beziehungsarbeit. Uns fallen Aufgaben zu, wie die jahrgangsweise Begleitung der Schüler*innen von der siebten Klasse bis zum Schulabschluss vier Jahre später. Dazu zählt natürlich die Beratung für Schüler*innen, Eltern und Kolleg*innen. Aber auch die Mitarbeit im Krisenteam oder bei Kriseninterventionen ist eine unserer Aufgaben. Wir helfen bei der Klassenstunden-Gestaltung in Zusammenarbeit mit den Klassenleitungen beispielsweise bei der Durchführung des Klassenrates oder bei Angeboten des Sozialen Lernens. Wir bieten Freizeitaktivitäten, zum Beispiel im offenen Freizeitbereich für den Morgenbetrieb, während Freistunden, im Mittagsband und im Nachmittagsbereich. Wir bieten jahrgangsübergreifende Arbeitsgemeinschaften an, helfen bei der Ausbildung und Unterstützung von Streitschlich-

FOTOS: PRIVAT

ter*innen, Schulsanitäter*innen und der Schüler*innenvertretung. Zudem unterstützen wir auch bei der Kooperation und Vernetzung mit außerschulischen Institutionen und Organisationen.

Wie funktioniert die jahrgangsweise Begleitung?

Nowarra: Ich »wachse« mit den Schüler*innen von der siebten bis zur zehnten Klasse mit, so dass sich über die vier Jahre kontinuierliche Beziehungen mit den Schüler*innen, deren Eltern und im Jahrgangsteam entwickeln. Mein Beratungsraum und das Jahrgangsteamzimmer liegen mittig im Jahrgangsflur. Sie sind miteinander über eine Tür verbunden. Meine Türen stehen, außer bei Beratungen, meistens offen. So bekomme ich auch das Flur- und Jahrgangsteamleben gut mit, wenn ich beispielsweise am PC beschäftigt bin. Dadurch bin ich präsent und gut erreichbar.

Wie kann man sich die Tagesstruktur vorstellen?

Nowarra: Täglich anders, immer wieder spontane Änderungen, Herausforderungen, neue Facetten und es wird nie langweilig. Morgens begrüße ich »meine« Schüler*innen ganz persönlich am Eingang des Jahrgangsflures mit einem fröhlichen »Moin«. Ich achte auf deren »Stimmungsbarometer«, beantworte Fragen und beginne Helfer für (fast) alle Dinge zu sein. Während des ersten Unterrichtsblocks kümmere ich mich um etwaige Schüler*innen, die ohne eine Abwesenheitsmeldung nicht angekommen sind. Vor und nach den 90-minütigen Unterrichtsblöcken leere ich meinen Briefkasten, trage etwaige Entschuldigungen in die Datenbank ein und lege sie den Klassenleitungen ins Fach und unterstütze den Trainingsraum.

Was ist der Trainingsraum?

Nowarra: Um schon ab der 7. Klasse einen möglichst störungsfreien Unterricht zu erreichen, soll mit einer Win-win-Situation ein ruhiges Unterrichten und ein Reflektieren der herausfordernden Schüler*innen außerhalb der Unterrichtssituation erreicht werden. Die Jugendlichen verlassen spätestens nach der dritten Störung die Klasse und reflektieren ihr Verhalten im »Trainingsraum«. Der Trainingsraum sollte die Schüler*innen unterstützen und nicht als »Bestrafung« angesehen werden.

Wie geht dein Tag weiter?

Nowarra: Zum Beispiel mit Klassenstunden. Das sind für mich wichtige Stunden, an denen ich gerne gemeinsam gestaltend teilnehme, um die Gruppendynamik und Demokratieerziehung beim Klassenrat zu fördern, mit Übungen zum "Sozialen Lernen« und mit Präventionsveranstaltungen zu unterstützen und Aktivitäten mitzuorganisieren. Hofpausen werden hauptsächlich für Terminvereinbarungen und Gespräche genutzt. Hilfreich sind auch versetzte Mittagspausen in der Länge einer Schulstunde, um den Schüler*innen wirklich eine »Esskultur« zu ermöglichen und auch genügend Zeit für ein Beratungsgespräch zu haben. In der unterrichtsfreien Zeit bieten wir Arbeitsgemeinschaften und Projekte an.

Wann bildet ihr multi-professionelle Teams oder helft bei Teamentwicklung?

Nowarra: Teamarbeit und -entwicklung ist ein Schwerpunkt in der Klasse. Dann gibt es noch das multiprofessionelle Klassenleitungsteam, das aus zwei Klassenleitungen und der sozialpädagogischen Fachkraft besteht sowie das Jahrgangsteam, welches durch die Klassenleitungsteams gebildet wird. Das setzt auch regelmäßige Teamtreffen voraus, in denen Schüler*innen und ihre Schwierigkeiten besprochen, Arbeit aufgeteilt und Klassenstunden vor- und nachbereitet werden können.

Und wenn es doch mal zu Konflikten kommt?

Nowarra: Ich fühle mich als Mitglied des Kollegiums und des gemeinsamen Personalrats auch gut geschützt, um bei Konflikten oder Partizipationsbestrebungen offensiv und neutral vermitteln zu können, ohne die Befürchtung haben zu müssen, als »anstrengender« Gesprächspartner trotz meiner Kompetenzen umgesetzt zu werden.

Welche Ziele hast du persönlich in deiner Arbeit?

Nowarra: Ich arbeite für eine gewaltfreie, wertschätzende, individuell unterstützende Schulkultur, die durch multiprofessionelle Teams, »echte« Partizipation und ein ausgewogenes Ganztagskonzept mit leistungsorientierten und erholsamen Phasen, rhythmisiert und einer ausgewogenen Essensmöglichkeit einem lebens- und liebenswerten Lernort darstellt. Nach fast 30 Jahren Schulsozialarbeit im Ganztag an acht Schulen und in vier unterschiedlichen Bezirken sehe ich dringende Handlungsbedarfe auf so gut wie allen Ebenen, aber das würde jetzt den Rahmen »sprengen«. Gleiches gilt für eine »echte« Partizipation, die auch personelle und materielle Ressourcen benötigt. Dazu gerne auch in einem anderen Artikel mehr.

Über mehr Artikel aus der Schulsozialarbeit würden wir uns freuen. Zum Schluss: Ein Wunsch an die Senatorin?

Nowarra: Von der Senatorin wünsche ich mir, dass sie zu ihrem Wort steht und sinnvolle Konzepte im Ganztag von ihr unterstützt und nicht »abgewickelt« werden.

Einen Wunsch habe ich noch an die Leser*innen: Wir möchten uns gerne weiter vernetzen zu diesem Thema. Meldet euch bitte bei: *FG.Sozpaed-fk-schule@gew-berlin.de*. Persönliche Kommentare könnt ihr mir auch gerne schicken: *erik.nowarra@gew-berlin.de.*

Antje Jessa,
Mitglied der bbz-Redaktion

»Schulsozialarbeit ist kontinuierliche Beziehungsarbeit.

Lesetipps zum Thema findet ihr in der Online-Version dieser Ausgabe unter diesem Link: www.gew-berlin.de/aktuelles/detailseite/warum-schulsozialarbeit-im-ganztag-nicht-wegzudenken-ist

Genug optimiert

Wie sich Gentrifizierung, Privatisierung und Einsparungen im Haushalt auf die Lebens- und Bildungsumstände in Kreuzberg auswirken

von Gökhan Akgün

Eintausend Lehrkräfte fehlen in diesem Schuljahr in Berlin, in Friedrichshain-Kreuzberg sind es offiziell 60. In zwei Jahren, so die Prognose, können 1.400 Stellen für Lehrkräfte in Berlin nicht besetzt werden. Tatsächlich wurden steigende Schüler*innenzahlen schon lange prognostiziert. Berlin ist es aber nicht gelungen, genügend Lehrkräfte auszubilden. Zudem konnte der Raumbedarf für die Schüler*innen nicht gesichert werden. Stattdessen wurden berlinweit Schulen aufgelöst oder zur Fusion mit anderen Schulen gedrängt. Allein in Friedrichshain-Kreuzberg mussten im Zuge der Schulstrukturreform mehrere Schulen schließen. Aufgrund einer problematischen Berechnungsgrundlage, welche Schulen nach marktwirtschaftlichen Kriterien bewertet, wurden zudem unwirtschaftliche Schulstandorte geschlossen. Nun hat der Bezirk mit vollen Klassen und Betreuungsgruppen zu kämpfen. Außerdem fehlen Baugrundstücke, um neue Schulen zu bauen. Auf die geschlossenen Bildungseinrichtungen kann nicht zurückgegriffen werden, weil sie nach neuen baulichen Bestimmungen keine Betriebserlaubnis mehr erhalten würden. Durch die ins Stocken geratene Schulbauoffensive wird sich die Lage weiter verschärfen.

»Seit Jahrzehnten erfolgt eine Umverteilung von unten nach oben.«

Ganztägige Bildung und Erziehung kaum möglich

Um die Kids von der Straße zu holen, wurden auch in Kreuzberg mehrere Grundschulen zu gebundenen Ganztagsschulen. Gebundene Schulen bieten eine kostenlose Betreuung bis 16 Uhr an. Die Kids werden ganztägig von Erzieher*innen und Lehrkräften begleitet und sollen im Rahmen der Ganztagsbetreuung kostenlos an Sport,- Kultur- und Freizeitangeboten teilnehmen. Eine gebundene Ganztagsgrundschule musste bereits schließen, die zwei verbleibenden Schulen in Kreuzberg 36 kämpfen gegen Personal- und Raummangel. Das hat zur Folge, dass die ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung nicht mehr im Sinne des Schulgesetzes erfolgen kann. Schulen sehen sich gezwungen, auf offene Arbeit umzustellen, wobei Schüler*innen nicht mehr ganztägig von Erzieher*innen begleitet werden können. Die Betreuung wird gewährleistet, bei Bildung, Erziehung und Freizeit müssen Abstriche gemacht werden.

FOTO: IMAGO IMAGES/ARNULF HETTRICH

»Die Betreuung wird gewährleistet, bei Bildung, Erziehung und Freizeit müssen Abstriche gemacht werden.«

Leider sieht es im Bereich der frühkindlichen Bildung nicht besser aus. Viele Kinder- und Schüler*innenläden mussten schließen, weil beispielsweise die steigenden Mieten nicht mehr bezahlbar waren. Zuletzt konnte der Kinderladen »Irgendwie Anders« an der Oppelner Straße in letzter Minute vor der Schließung gerettet werden.

Herkunft entscheidet über Kitaplatz

Die knappen Kitaplätze haben zur Folge, dass oft die Herkunft über einen Kitaplatz entscheidet. So geht aus einer aktuellen Studie hervor, dass in einigen Bezirken, trotz vorhandenem Bedarf der Familien, jedes zweite Kind mit Migrationshintergrund keinen Kitaplatz erhält. Umso erstaunlicher erscheint die Tatsache, dass berlinweit etwa 60 Prozent der Anträge zum Auf- und Ausbau von Kita-Kapazitäten aus unbekannten Gründen abgelehnt wurden.

Betroffen von der Schließungswelle waren und sind auch weiterhin Stadtteilbüchereien. Die Stadtteilbücherei an der Oranienstraße wurde aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen und jetzt auch die Bücherei an der Glogauer Straße, weil sie den brandschutzrechtlichen Bestimmungen nicht mehr entspricht. Zudem musste der Berliner Büchertisch, ein beliebter Kooperationspartner von Bildungseinrichtungen, umziehen, weil die Miete nicht mehr bezahlt werden konnte. Mehrere Kultur- und Sportvereine mussten ihre Standorte im Bezirk aufgeben. Das Baerwaldbad wurde ebenfalls geschlossen, so dass Schüler*innen zum Schwimmunterricht in die Nachbarbezirke gefahren werden müssen. Die Transportkosten betrugen im Schuljahr 2019/20 rund 175.000 Euro. In einigen Schulen fiel der Schwimmunterricht für mehrere Monate aus.

Treffpunkte und Austauschorte fehlen

Die Jugendpolitik in Kreuzberg 36 litt ebenfalls stark unter den Sparmaßnahmen. Der Bezirk wurde vor die Wahl gestellt, Jugendfreizeiteinrichtungen entweder zu schließen oder zu privatisieren. Kreuzberg hat sich gegen die Schließungen entschieden.

Durchweg alle Jugendfreizeiteinrichtungen wurden privatisiert und kurz darauf wurden konzeptionelle Neuorientierungen vorgenommen. So gab die neue Geschäftsleitung der Jugendfreizeiteinrichtung Naunynritze die neue Richtung vor: Schluss mit der Gummibärchen-Pädagogik und mit dem antiautoritären Erbe der 68er. Multikulti ist gescheitert, bei Regelverstößen hart durchgreifen! In einigen Einrichtungen wurden viele Angebote für Jugendliche gestrichen.

In den folgenden Jahren stieg die Jugendkriminalität in Kreuzberg massiv, obwohl in anderen Bezirken Rückgänge zu verzeichnen waren. Dazu kam, dass Drogengeschäfte und Drogenkonsum sich immer mehr am Kotti konzentrierten. Druckräume sowie Sozialarbeiter*innen und deren Angebote könnten die Lage entschärfen, passiert ist trotz der Versprechen der Politik wenig. Nun beobachten wir mit Sorge das Sterben von Sport- und Kulturvereinen in Kreuzberg. Die steigenden Mieten belasten Vereine, die nicht mehr in der Lage sind, die hohen Mieten zu bezahlen. Zuletzt musste der Traditionsclub Türkiyemspor sein beliebtes Clubhaus an der Adalbertstraße schließen. Besonders hart betroffen sind BI-PoC-Organisationen. Treffpunkte und Austauschorte fehlen, was Alt und Jung gleichermaßen belastet.

Wir brauchen lebenswerte Kieze

Seit Jahrzehnten werden Abwehrkämpfe geführt, um die soziale Infrastruktur zu erhalten, manchmal mit Erfolg, oft aber mit Verlusten. Stets gegen Behauptungen wie, es werde über die Verhältnisse gelebt oder andere Regionen wären durchaus schlechter aufgestellt. Immer werden Haushaltsgründe aufgeführt. Seit Jahrzehnten erfolgt so eine Umverteilung von unten nach oben. Unsere soziale Infrastruktur wurde und wird weiterhin verscherbelt. In einer aktuellen Studie heißt es, Berlin sei sozial zerstückelt worden und oft trennten nur einige Meter wohlhabende Kieze von solchen mit hoher Kinderarmut.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir unsere Kieze zurückholen können. Wir brauchen gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Begegnungsräume, Kultur und Sport. Wir brauchen bezahlbare Mieten und lebenswerte Kieze. Das Geld ist da.

Gökhan Akgün,
Vorsitzender der GEW Friedrichshain-Kreuzberg

Bildungseinrichtungen sind keine Spekulationsobjekte

BI-PoC
ist die Abkürzung von Black, Indigenous, People of Color und bedeutet auf Deutsch Schwarz, Indigen und der Begriff People of Color wird nicht übersetzt. All diese Begriffe sind politische Selbstbezeichnungen.

FOTO: IMAGO IMAGES/BERND FRIEDEL

Seit Jahren eine Forderung: Personalschlüssel auf 110 Prozent

Erzieher*innen brauchen mehr Zeit und Raum

Sie sind am Lern- und Lebensort Schule wichtige Begleiter*innen der Kinder und leisten anspruchsvolle Bildungs- und Erziehungsaufgaben

von Sebastian Pfeiffer

Die Anforderungen an den Erzieher*innenberuf haben sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Dennoch wird an dem alten Modell zur Berechnung der Jahresarbeitsminuten festgehalten, welches unter anderem Krankheiten, Urlaub und Fortbildungen einkalkuliert. Das bedeutet gemäß den aktuellen Zumessungsrichtlinien, dass die Personal-Schüler*innen-Relation bei 1:22 liegt. Kinder benötigen aber keine rechnerischen Bruchteile von Erzieher*innen, sondern ganze Personen, die für sie da sind.

Ein akuter Personalmangel ist vorprogrammiert

In Zeiten von Krankheitswellen läuft die ergänzende Förderung und Betreuung am Nachmittag an vielen Schulen am Limit. Das liegt mitunter daran, dass es noch immer keine Vertretungsreserven für Erzieher*innen gibt. Schulleitungen, Koordinierende Fachkräfte, Personalvertretungen und Gewerkschaften fordern seit Jahren eine verlässliche Ausstattung von 110 bis 120 Prozent, um derartige Situationen besser abfangen zu können, sowie den notwendigen Förderplanungen und neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Zumindest die Möglichkeit einer Einstellung von befristeten Personal oder die Kooperation mit einer Zeitarbeitsfirma könnte für die nötige Entlastung sorgen.

Die Realität sieht jedoch häufig so aus, dass Klassen am Nachmittag auf andere Gruppen aufgeteilt werden müssen oder die gruppenfreie koordinierende Fachkraft am Nachmittag in einer Schüler*innengruppe arbeitet. Bei einem Kollegium von 13 Erzieher*innen fallen durchschnittlich zwei Kolleg*innen wegen Krankheit und eine wegen Urlaub aus. Sobald dann noch Fortbildungen, Elternzeiten und sonstige Ausfälle eintreten, ist das Kollegium halbiert. Das bedeutet, dass im besten Fall 30 Kinder von einer Person betreut werden. Immer wieder rufen Schulen ihre Eltern auf, zu prüfen, ob ihre Kinder nicht wegen eines akuten Personalmangels daheim betreut werden können. Dieser Form der personellen Kapitulation stehen wir nicht erst seit gestern gegenüber.

FOTO: IMAGO IMAGES/IPON

Multiprofessionelle Teams unter einem Dach

Die kontinuierliche Arbeit und die Planungen der Kolleg*innen fallen komplett nach hinten. Ob nun offene oder geschlossene Gruppenkonzepte: Die zeitweise Unterausstattung macht ein bedarfsgerechtes Arbeiten beinahe unmöglich. Die Nachteilsausgleiche, für die unter anderem die Facherzieher*innen für Integration zuständig sind, können unter diesen Umständen nicht mehr geleistet werden, da sie im normalen Gruppendienst eingesetzt sind und Projekt- oder Kleingruppenarbeiten somit entfallen.

Multiprofessionelle Teams stärken

Erzieher*innen im Ganztag sind nicht nur für die Nachmittagsbetreuung an den Schulen da, sondern ergänzen die wichtigen multiprofessionellen Teams. Sie ermöglichen Förderunterricht und Begleitung von Kindern, die noch Unterstützung brauchen. Sie und die Lehrkräfte allein können jedoch nicht alle Herausforderungen meistern, die sich in den Bildungseinrichtungen ansammeln. Die Hilfen, die Schüler*innen, Eltern und Kolleg*innen brauchen, sollten doch im Idealfall unter einem Dach zu finden sein, um die Wege so kurz wie möglich zu halten und Effektivität zu ermöglichen. Also braucht es eine verbindliche Ausstattung von ausreichend Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Therapeut*innen und weiteren Professionen an Schulen, welche Hand in Hand arbeiten und die Zeit für Absprachen und beispielsweise gemeinsame Förderplanungen haben.

Für den professionellen Ausbau des Ganztags braucht es darüber hinaus genug Zeit, um die gute Arbeit vorbereiten beziehungsweise reflektieren zu können. Es müssen Elterngespräche geführt und dokumentiert werden, es braucht individuelle Förderpläne, das pädagogische Angebot muss vorbereitet werden, Falldokumentationen gehören angefertigt und Absprachen mit anderen Professionen müssen durchgeführt werden. Die Senatsverwaltung versprach in diesem Zusammenhang die bestehende Dienstvereinbarung zur mittelbaren pädagogischen Arbeit zu evaluieren, lässt den eindeutigen Ergebnissen jedoch keine Taten folgen. Dann werden also auch in Zukunft Alltagsarbeiten priorisiert und im Zweifelsfall liegen gelassen werden müssen.

»Die Hilfen, die Schüler*innen, Eltern und Kolleg*innen brauchen, sollten doch im Idealfall unter einem Dach zu finden sein.«

Sebastian Pfeiffer,
koordinierender Erzieher an der
36. Grundschule Marzahn-Hellersdorf

FOTO: PRIVAT

Interkulturelle Öffnung der Berliner Ämter gewünscht

Cetin Sahin begleitet Ratsuchende durch die Behörden- und Antragswelt von Berlin. Ihnen werden häufig große Hürden in den Weg gestellt und nicht selten treffen sie auf diskriminierende Vorurteile

Das Interview führte Antje Jessa

bbz: Wer bist du und wie bist du zur sozialen Arbeit gekommen?

Cetin Sahin: Ich bin Cetin Sahin und bin 51 Jahre alt. Ich habe in Istanbul Germanistik studiert und kam 1995 nach Berlin, um meinen Master zu machen. Ich habe dann meine Pläne geändert und angefangen, Soziale Arbeit zu studieren. Während meiner Studienzeit habe ich in verschiedenen sozialen Bereichen gearbeitet. Im »Nesthäkchen« habe ich kurdische unbegleitete Geflüchtete pädagogisch begleitet und später im Kotti e.V. in Kreuzberg gearbeitet. Jetzt arbeite ich seit 2014 im AWO Landesverband e.V. im Programm Migrationssozialdienst (MSD). Ich berate Personen, die über 27 Jahre alt sind und länger als drei Jahre in Deutschland leben, aber wegen sprachlicher Barrieren Unterstützung benötigen. Das kann von jungen Leuten bis hoch ins Rentenalter sein.

Warum hast du dich für diese Einrichtung entschieden?

Sahin: Ich habe selber sehr lange in verschiedenen Projekten gearbeitet. Ganz am Anfang habe ich geflüchtete junge Menschen begleitet, anschließend in einer stationären Drogentherapie gearbeitet, danach war ich als Quartiersmanager im Soldiner Kiez tätig und später als Projektleiter der Diakonie in der Müllerstraße. Ich habe auch in Kriseneinrichtungen für missbrauchte Kinder- und Jugendliche gearbeitet. Das alles hat mir sehr viel gegeben, aber einiges hat mich auch emotional mitgenommen und an meine Grenzen gebracht. Unter anderem habe ich deshalb dieses neue Wirkungsfeld mit der Beratung gewählt. Ich kann hier viele meiner Fähigkeiten einsetzen und verknüpfe Aufgabenfelder aus den früheren Arbeitsbereichen. Das Wichtigste war, dass ich bereits ein Netzwerk aufgebaut hatte. Ich mag meine Arbeit als Berater, sie ist angenehm und die Menschen, mit denen ich täglich zu tun habe, sind es auch.

Welchen Schwerpunkt und welche Angebote habt ihr?

Sahin: An unserem Standpunkt Tempelhof-Schöneberg in der Fachstelle für Integration und Migration haben wir fünf verschiedene Programme, die auf verschiedene Ratsuchende ausgerichtet sind. Neben dem MSD gibt es den Jugendmigrationsdienst (JMD). Die Kolleg*innen

beraten junge Menschen bis zum Alter von 27 Jahren. Hier ist eine Aufenthaltsdauer nicht relevant. Dann haben wir die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer*innen (MBE), hier werden neu ankommende Personen beraten, die eine erste Orientierung suchen. Die Respekt Coaches gehen direkt an die Schulen. Hier geht es in erster Linie um Demokratiebildung und Antisemitismus- und Antirassismus-Projekte, also um politische Bildungsarbeit. Der Kollege, der den Bereich Garantiefond Hochschule (GFH) betreut, ist für die Anerkennung von aus-

FOTO UNTEN: PRIVAT; FOTO OBEN: IMAGO IMAGES/BRIGANI-ART

ländischen Abschlüssen und die finanzielle Unterstützung von geflüchteten Personen, die in ihrem Heimatland studiert haben und in Deutschland weiter studieren möchten, zuständig.

Was machst du da genau?

Sahin: Zu mir kommen Menschen aus den verschiedensten Ländern, von Lateinamerika bis Asien. Einen Schwerpunkt meiner Tätigkeit macht die Arbeit mit türkisch sprechenden Personen, Personen aus Bulgarien und Rumänien aus. Meistens finden sie den Weg über Empfehlungen von Bekannten zu mir. Ich berate zu Themen wie ALG II, ALG I, Sozialhilfe, Kindergeld, Kindergeldzuschlag, Arbeitssuche, Rente, Schwerbehindertenausweis, familiäre Gewalt und Begleitung zu Terminen bei der Ausländerbehörde und Einbürgerungen. Viele kommen auch mit dem Thema Wohnungssuche zu uns, doch hier reichen leider unsere Kapazitäten nicht aus, um diesen Anfragen nachzugehen.

Was glaubst du, welche Kompetenzen man in deinem Job braucht?

Sahin: Für die Beratung brauche ich ein solides rechtliches Wissen über die ganzen Anträge, Gesetze und Vorschriften. Dann viel Empathie, Einsicht und Verständnis für die Lebenswelten von Menschen in den vielfältigsten Lebenssituationen. Daneben ist es ratsam, geduldig zu sein und sich gut strukturieren zu können. Oft sind die Probleme so vielschichtig, dass sie verschiedene Beratungsschwerpunkte miteinander verknüpfen.

Gibt es Erlebnisse, die dich besonders geprägt haben?

Sahin: Natürlich gibt es Erlebnisse, die mich besonders geprägt haben, auch viele positive. Es kam schon vor, dass sich Klient*innen familiär aufgehoben fühlten und Kaffee oder Schokolade für das Team mitgebracht haben. Die Kehrseite der Arbeit ist, dass ich mit Ratsuchenden Vorurteile, Diskriminierungen und rassistische Äußerungen von einzelnen Mitarbeiter*innen von Behörden erlebt habe, vom Jobcenter bis hin zu städtischen Wohnungsbaugesellschaften, wie Stadt und Land. So werden sehr große Hürden aufgebaut, wie zum Beispiel eine zehnjährige Aufenthaltsbescheinigung von EU-Bürgern, obwohl dies gesetzlich nicht gefordert wird und der Ausweis und ein Meldeschein ausreichen. Oder genau die Wohnungen, die verfügbar waren, werden erst einmal auf Asbest saniert. Es schien oft, dass sie bestimmte Personengruppen abwimmeln wollten. Auch im Jobcenter werden teilweise Dokumente verlangt, die in anderen Fällen nicht vorgelegt werden müssen. So wurde eine bulgarische Ratsuchende aufgefordert, den Beziehungsstatus zum Hauptmieter offen zu legen und eine Meldebescheinigung von eben diesem vorzulegen. Das ist nicht rechtens, schon aus Datenschutzgründen.

FOTO: IMAGO IMAGES/PHOTOTHEK

Was macht dir besonders Spaß?

Sahin: Ich mag die Kommunikation mit den Ratsuchenden und es freut mich immer, wenn meine Unterstützung zu einem Erfolg führt und die Personen aus einer prekären Situation in eine »normale« finanzielle Lage kommen. Das heißt, dass sie Essen und eine Wohnung haben. Sehr viele Ratsuchende sind sehr herzlich und dankbar.

Wo siehst du Herausforderungen?

Sahin: Ich sehe Herausforderungen in dem Sinne, dass sich die Behörden interkulturell öffnen müssen und zwar nicht nur auf dem Papier. Es gibt bereits Mitarbeitende mit Migrationshintergrund, doch diese dürfen oft nicht in ihrer Muttersprache Beratungen anbieten. Weiterhin braucht es eine Einsicht für die verschiedenen Lebenswelten. Wir sind in Berlin, im 21. Jahrhundert, über 70 Nationen leben hier und da müssen noch mehr Anträge, auch beim Jobcenter, in verschiedenen Sprachen ausgestellt werden, damit die Personen selbständiger agieren können. Sonst sind sie immer abhängig von verschiedenen Vereinen und Verbänden. Andererseits sollten sie auf den Behörden Dolmetscher*innendienste gleich vor Ort und ohne große Hürden zur Verfügung stellen, damit der ganze Arbeitsstau sich auflöst. Das sind alles Probleme, die durchaus schon offen liegen, ob sie bewusst offenbleiben, bleibt fraglich.

Was würdest du dir wünschen?

Sahin: Ich wünsche mir eine interkulturelle Öffnung, eine leichtere Sprache, eine bessere Erreichbarkeit und Verständnis für die Lebenswelten der Menschen von allen Mitarbeitenden von Behörden und den Systemen selbst. ■

Antje Jessa, Mitglied der bbz-Redaktion

Berliner Schulen allein im Neuland

Im Bereich der Digitalisierung gibt es Bewegung. Wie die anfängliche Freude über Dienstgeräte schnell in Frust umschlug und was in Zukunft anders laufen muss, skizzieren unsere Autor*innen

von Robert Odarjuk und Anne Albers

Berlin hat seit etwas mehr als einem Jahr eine Digitalisierungsstrategie für den Schulbereich, eine Stabstelle soll den Aufbruch der Schulen in digitale Welten organisieren. Zeit, einmal Bilanz zu ziehen und den Stand der Dinge mit unseren gewerkschaftlichen Forderungen abzugleichen.

Laut der Website der Senatsbildungsverwaltung läuft es mit der Digitalisierung in Berliner Schulen: »Es entwickelt sich eine neue Lern- und Unterrichtskultur. Die herkömmliche Lernpraxis wird zu innovativen Lernsituationen unter Einbezug digitaler Medien umgestaltet. Lernen heißt hier, sich auf das Leben in der Informationsgesellschaft vorzubereiten.«

Wer die Praxis kennt, fühlt sich beim Lesen dieser Zeilen unweigerlich in ein Paralleluniversum versetzt, oder in ferne Zukunftswelten. Woran liegt das und wo klemmt es?

Dienstgeräte bleiben teure Buchstützen

Am Geld hat es schon mal nicht gelegen. Das Land Berlin hat in 2021 über 36 Millionen Euro für Endgeräte für Lehrkräfte und weiteres pädagogisches Personal ausgegeben, pro Stück kostet allein das Tablet mit Zubehör knapp 1.000 Euro. Endlich ein dienstliches Endgerät, mit dem jetzt in Berliner Schulen das Ende der Kreidezeit eingeläutet werden soll, freuten sich viele Kolleg*innen. Zu früh gefreut?

Seit 2021 können wir beobachten, dass die Senatsbildungsverwaltung ein ganz spezielles Verständnis einer One-Device-Strategie an den Tag legt. Motto: Erst das Gerät, dann die (virtuelle) Infrastruktur und ein Gerät für alle, aber nicht für jede*n. Schauen wir genauer hin, wo der Fehler im System ist: Laut »Nutzungsvereinbarung« dienen die Endgeräte für »Organisation, Vorbereitung und Durchführung des Unterrichts, sowie zur Erledigung administrativer Tätigkeiten«. Weil jedoch die Nutzung privater mobiler Endgeräte für dienstliche Zwecke im Land Berlin verboten ist und Computer-Arbeitsplätze in den Schulen Mangelware sind, müssten Pädagog*innen bereits nach einem Bruchteil ihres Arbeitstages den Ausflug in die ‚Schule in der digitalen Welt' aus Rücksicht auf ihre Gesundheit beenden. Denn unter ergonomischen Gesichtspunkten sind die Tablets lediglich für mobiles oder kurzzeitiges stationäres Arbeiten geeignet, nicht aber als stationäre Arbeitsplätze, an denen die von der Senatsbildungsverwaltung geforderten Aufgaben umfänglich erfüllt werden könnten. Dazu wären zusätzliche Peripheriegeräte (Monitor, Maus, und so weiter) erforderlich, zudem ergonomische Arbeitsstühle, Schreibtische und Beleuchtung – denn die Arbeitsstättenverordnung gilt auch für Pädagog*innen. Mit Zwang, Verboten und ohne Mitsprache der schulischen Beschäftigten in die digitale Welt durchstarten? Wohl kaum.

»Lehrkräfte, die hoch motiviert sind, empfinden weniger Stress, wenn sie sich an ihren Schulen aktiv mit der Digitalisierung beschäftigen können.«

Laut der Senatsbildungsverwaltung ist der Rollout seit diesem Sommer abgeschlossen. Viele Kolleg*innen haben ein Endgerät erhalten und könnten damit arbeiten. Könnten? Eine kleine Anfrage hat im Februar diesen Jahres ergeben, dass von 43.540 Lehrkräften lediglich etwa 19.000 Kolleg*innen ihr Endgerät auch überhaupt nur einmalig aktiviert haben. Daran dürfte sich seitdem wenig geändert haben. Die Zahl der aktiv genutzten Geräte fällt noch geringer aus, das zeigt der Blick in die Schulen. Dass die mobilen Dienstgeräte ein massives Akzeptanzproblem haben, überrascht nicht. Denn es fehlt noch immer an Funktionalität, Ausstattung und sicheren Nutzungsbedingungen. Von der Infrastruktur in den Schulen, der Ausstattung von Schüler*innen und einem attraktiven Fortbildungsangebot ganz zu schweigen. Zudem braucht es Regelungen, die Beschäftigte vor ausufernder Kommunikation schützen und dem Druck zu ständiger Erreichbarkeit eine klare Absage erteilen.

Die Senatsbildungsverwaltung wäre besser beraten gewesen, wenn sie die dienstlichen Endgeräte im Sommer 2021 nicht überstürzt eingeführt hätte. Zu diesem Zeitpunkt war die Funktionalität der Geräte erheblich beschränkt und bei vielen Kolleg*innen wandelte sich die anfängliche Freude schnell in Frustration. Der richtige Weg wäre gewesen, die Bedarfe der verschiedenen Schulformen vor der Beschaffung zu berücksichtigten. Klar, der Arbeitgeber ist verpflichtet, geeignete Arbeitsmittel für seine Beschäftigten zur Verfügung zu stellen, daran lässt die ständige Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts keine Zweifel. Aber folgt daraus, dass es ein Endgerät für alle Zwecke und Arbeitszusammenhänge sein muss? Wir finden: Klares Nein! Daraus folgt: Wenn diese Geräte ihre Lebensdauer überschritten haben, muss die nächste Beschaffung mehr Auswahl für Kolleg*innen und Bedarfe der unterschiedlichen Schultypen bieten und die schulischen Beschäftigtenvertretungen müssen frühzeitig einbezogen werden.

Wichtige Gruppen bleiben außen vor

Entgegen der Aussagen der Behörde hat die Implementierungsstrategie der Senatsbildungsverwaltung außerdem einen

großen Bogen um einige Beschäftigtengruppen gemacht. So gingen die Lehramtsanwärter*innen bisher leer aus. Wir finden das nicht nur ungerecht, sondern können über die verschenkte Chance nur den Kopf schütteln. Gerade die Referendar*innen bringen jede Menge neue Ideen mit in die Schulen und können während ihrer Ausbildung auch mal Neues ausprobieren, wozu später im Berufsalltag nur noch wenig Zeit bleibt. Zumindest wurde nun kürzlich angekündigt, dass auch Referendar*innen demnächst Geräte erhalten sollen. Beim weiteren pädagogischen Personal gab es jedoch eine Rolle rückwärts der Senatsbildungsverwaltung. Viele Erzieher*innen und Betreuer*innen haben anders als ursprünglich angekündigt kein eigenes Dienstgerät erhalten, sondern sollen sich mit einer Poollösung zufriedengeben. Die Senatsbildungsverwaltung scheint nicht alle in die digitale Welt mitnehmen zu wollen.

Auch der verkürzte Blick auf Schule verblüfft: Wenn innerschulische Organisation und Kommunikation zunehmend digital stattfinden, wenn das Potential für Medienbildung und digital gestützte pädagogische Angebote auch außerhalb von Unterricht sehr groß ist, dann reicht es nicht aus, wenn sich die Digitalisierungsstrategie der Senatsbildungsverwaltung fast ausschließlich auf den Unterricht fokussiert und dabei Ganztag und multiprofessionelle Teams völlig außen vor lässt.

Mit diesem Stückwerk, anstatt einem nachhaltigen und beteiligungsorientierten Aufbau der digitalen Infrastruktur, hat die Senatsbildungsverwaltung den Beschäftigten einen Bärendienst erwiesen. Denn durch die Festlegung auf dieses eine Gerät sind Kompatibilität und individuelle Lösungen je nach Schulprofil von vornherein stark limitiert. Das erstaunt, denn empirisch wurde gezeigt, dass Lehrkräfte hoch motiviert sind, digital gestützt zu arbeiten und weniger Stress durch Digitalisierung empfinden, wenn sie sich an ihren Schulen aktiv mit der Digitalisierung beschäftigen können. Dafür brauchen die Kolleg*innen jedoch Zeitressourcen und eigene Gestaltungsmöglichkeiten. »Digitaler Stress« wurde verursacht durch fehlende Funktionen und Leistungsfähigkeit der schulischen IT Systeme, die Sorge, dass die Technik nicht funktionieren könnte und sich für den Fall absichern zu müssen, dass die Technik ausfällt. Schade, dass diese Studie erst nach der Beschaffung der Geräte veröffentlicht wurde, wer hätte das ahnen können.

»Die Senatsbildungsverwaltung scheint nicht alle in die digitale Welt mitnehmen zu wollen.«

Aber nun mal positiv: Wie stellen wir uns denn das gemeinsame digital gestützte Lehren und Lernen in der Zukunft vor? Diese und andere didaktische und bildungspolitische Fragen sollten doch eigentlich im Mittelpunkt stehen. Die Senatsbildungsverwaltung mit ihrer Digitalisierungsstrategie – aber vor allem wir Pädagog*innen vor Ort, müssen den schulischen Digitalisierungsprozess mit Leben füllen. Dafür bedarf es nicht zuletzt einer deutlichen Steigerung der Ressourcen im Bereich der Fort- und Weiterbildung. Die Kollegien brauchen dringend mehr Zeit und nachhaltige Qualifizierungsangebote, um Schule und Unterricht zeitgemäß mitgestalten zu können. Dazu gehören aus unserer Sicht zusätzliche Studientage, gemeinsame Fortbildungsangebote an den Schulen vor Ort, Blended-Learning-Formate und vor allem festangestellte Medienpädagog*innen vor Ort an den Schulen, die den Prozess kontinuierlich begleiten und unterstützen. Einen solchen Transformationsprozess gibt es nun mal nicht zum Nulltarif und er ist aller Erfahrung nach nur erfolgreich, wenn das pädagogische Personal aktiv mitgestaltet. ■

Bildung in der digitalen Welt. Online verfügbar unter: www.digitalisierung-studie.de

Robert Odarjuk und Anne Albers, Mitglieder im Hauptpersonalrat für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin

FOTO: ADOBE STOCK/GORYNVD

Keine Schule für alle

Yassin hat ein Recht auf Inklusion, das in der Praxis nicht viel wert ist. Inklusion wird an vielen Regelschulen immer noch nicht umgesetzt

von Lisa Reimann

Yassin liegt in der Kita auf einer weichen Matratze. Zwei Kinder liegen neben ihm. Eine Erzieherin liest ein Buch vor und eine Helferin drückt vorsichtig Sonden-Nahrung über eine große Spritze in einen Schlauch, der aus Yassins Bauch kommt. Nichts Besonderes für die Kitakinder und das Personal. Streit um die Spritze gibt es schon lange nicht mehr. Jedes Kind hat inzwischen eine zum Spielen zu Hause. Es ist der letzte Tag in der Kita. Für viele aus der Gruppe geht es nach den Ferien in die Schule. Was für viele Familien schon aufregend genug ist, ist für Yassins Vater ein Kampf, den er jetzt zu verlieren droht. Dabei ist das Recht auf der Seite von Yassin und seiner Familie, das Recht auf inklusive Bildung.

Doch es scheint ein Recht, das in Berlin nicht umgesetzt wird. Yassin hat einen sonderpädagogischen Förderbedarf und er braucht Assistenz und Unterstützung. Er spricht nicht mit Worten, er spricht mit dem Körper und benötigt einen Rollstuhl. Sein Blick, seine Hände, seine Körperspannung, all das zeigt an, wie es Yassin gerade geht und was er vielleicht braucht. Sein Vater möchte nach der gemeinsamen Kita für ihn das Recht auf inklusive Bildung umsetzen. Er hat für Yassin eine inklusive Schwerpunktschule im Stadtteil beim Schulamt angegeben. Diese inklusive Schwerpunktschule ist auf Kinder mit körperlichen und kognitiven Förderbedarfen eingestellt. Doch der Schulplatz wird abgelehnt. Man könne Yassin dort nicht betreuen, heißt es. Der Vater meldet beim Schulamt den Wunsch nach einer weiteren inklusiven Schule an. Die Schule hat jahrzehntelange Erfahrungen mit Kindern mit so genannter »schwerer Mehrfachbehinderung« und inklusivem Unterricht. Beide Schulen sind berühmte Schulen im Kiez und haben Preise für inklusive Bildung gewonnen, die ihre hervorragende inklusive Arbeit auszeichnen.

»Inklusion braucht keine Zeit, sondern den Willen sie umzusetzen.«

Beide Schulen lehnen Yassin ab. Warum ist das überhaupt möglich?

Ein Anspruch auf einen Schulplatz ist leider durch den Passus im Schulgesetz eingeschränkt, dass: für eine angemessene Förderung die personellen, sachlichen und organisatorischen Möglichkeiten vorhanden sein müssen. Ansonsten wird von der Schulbehörde ein Ausschuss eingerichtet.

Ein Finanzierungs- oder Ressourcenvorbehalt wie er im Berliner Schulgesetz zu finden ist, wie in anderen Bundesländern übrigens auch, ist »gemessen am völkerrechtlichen Maßstab der UN-Behindertenrechtskonvention (Artikel 24 Absätze 1 und 2 UN-BRK) unzulässig«.

Dort darf der Vater nochmal seinen Wunsch vortragen, aber die Schulleitung begründet in diesem Ausschuss ihre Ablehnung. Und der Grund dieser Ablehnung ist so alt und unverändert wie nicht gewollte Inklusion als schulpolitische Riesenbaustelle nur sein kann, es fehlt an diesem und es fehlt an jenem und weil wir in so einem armen Land leben, können diese Mittel auch nicht beschafft werden, zum Beispiel eine Person, die Yassin durch die Sonde ernähren, oder eine Liege, auf der er liegen kann.

Der Vater weiß, es sind Schulen, die jahrzehntelange Erfahrung mit Inklusion haben und sie hatten schon oft Kinder, die sondiert wurden und auch mal liegen müssen. Aber Yassin scheint ein Kind zu viel zu sein.

Ein Recht ohne Wirkmacht

Die Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung läuft schleppend, teilweise rückschrittlich oder die Entwicklung stagniert. Mancherorts werden sogar neue Förderschulen gebaut, die dann auch gefüllt werden.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

»Den Ressourcenvorbehalt beim Recht auf inklusive Bildung anzuwenden, ist nach UN-Recht gar nicht zulässig.«

Zurück zu Yassin. Der Ausschuss bei der Schulbehörde hat entschieden, dass weder die eine hervorragende inklusive Schule noch die andere, beide in Wohnortnähe von Yassin, das Kind aufnehmen kann und muss. Das Motto »die Hilfe muss dem Kind folgen und nicht umgekehrt«, wird mit dieser Entscheidung versenkt. Yassin soll auf das nahe gelegene Förderzentrum für »geistige Entwicklung« gehen. Dort seien alle Mittel vorhanden. Eine andere inklusive Schule wird der Familie nicht angeboten.

Zwar hat der Vater auf dem Papier das Recht auf eine inklusive Beschulung, doch nutzt es ihm wenig, wenn die Schulrätin ihm sagt: »Entweder stimmen Sie zu, dass Yassin auf die Förderschule kommt oder Sie müssen selber sehen wie Sie irgendeine allgemeine Schule für ihn finden.«

Yassin ist einfach »zu schwer behindert«, als dass eine Schule bereit wäre ihn zu nehmen. Nichtsdestotrotz, verkündet der zuständige Jugendstaatssekretär stolz, dass die Inklusion in der Grundschule »vollständig umgesetzt« sei.

Inklusion braucht keine Zeit, sondern den Willen sie umzusetzen. Den Ressourcenvorbehalt beim Recht auf inklusive Bildung anzuwenden, ist nach UN-Recht gar nicht zulässig, da es sich um eine Diskriminierung handelt, wenn Kinder gegen ihren Wunsch ein Förderzentrum besuchen müssen.

Yassin ist ein Kind, das gerne »Shaun das Schaf« guckt, beim Duft von Rosmarin entspannt und bei lauter E-Gitarrenmusik fröhlich mit den Händen zuckt. Sein Recht auf inklusive Bildung nutzt ihm nichts.

»Rechte ohne Ressourcen zu besitzen, ist ein grausamer Scherz« (Julian Rappaport).

Yassin ist nicht der echte Name des Jungen.

Der vollständige Text mit allen rechtlichen Bezügen ist nachlesbar auf: inklusionsfakten.de/ein-recht-das-kein-recht-ist-gegen-den-willen-auf-die-foerderschule

Lisa Reimann, Pädagogin und Dozentin für inklusive Pädagogik und den Anti-Bias-Ansatz

FOTO: INKLUSIONSFAKTEN.DE

Warum gute Fortbildungen dringend notwendig sind

Lehrkräfte sollen sich stetig fortbilden, doch die Angebote lassen oft zu wünschen übrig. Die Gründe hierfür sind verschieden

von Thomas Höchst

Eine Forsa-Umfrage zum wichtigen Fortbildungsthema »Inklusion« ergab folgende Auswertung: Nur jede 15. Person findet das Angebot (sehr) gut. Jede*r Zweite beurteilt das Angebot als mangelhaft oder ungenügend. Dies ist bedenklich und führt auch dazu, dass fast nur jede sechste Regelschullehrkraft an Fortbildungen zu Inklusion teilnimmt. Das wäre aber dringend notwendig und es ist kein gutes Ergebnis für Fortbildungsmaßnahmen. In vielen anderen Bereichen sieht es nicht besser aus. Deshalb muss darüber nachgedacht werden, warum Fortbildungen kaum besucht werden, immer wieder sogar aufgrund fehlenden Interesses ausfallen und, wie in dem Beispiel zur Inklusion aufgeführt, auch immer wieder schlechte Beurteilungen bekommen.

Wie aber definiert man nun gute und damit wirksame Fortbildungen? Die Bertelsmann Stiftung sagt dazu: »Wirksam bedeutet, dass die Fortbildungen wissenschaftlich belegt zur Weiterentwicklung wichtiger Kompetenzen von Lehrpersonen beitragen und/oder sich positiv auf die Weiterentwicklung des Unterrichts und auf das Lernen von Schüler*innen auswirken.« Von hohem Wert ist bei der Beantwortung der Frage auch die Tatsache, dass gute Fortbildner*innen wichtig sind, denn nicht jede gute Lehrkraft ist automatisch eine gute Fortbildungskraft in der Erwachsenenbildung.

Die Lehrer*innenfortbildung steht im Schatten

Obwohl sich die Lehrkräftebildung in drei Phasen gliedert – Lehramtsstudium, Referendariat und Lehrer*innenfortbildung – »stehe die dritte Phase im Schatten der ersten beiden«, sagt Peter Daschner, der

ehemalige Direktor des Hamburger Landesinstituts für Lehrer*innenbildung und Schulentwicklung und Leiter der Studie, die im Frühjahr 2019 unter dem Titel »Lehrkräftefortbildung in Deutschland. Bestandsaufnahme und Orientierung« erschienen ist. Auch das Deutsche Schulportal stellte im Februar letzten Jahres fest: »Deutschland legt im internationalen Vergleich sehr viel mehr Wert auf die Erstausbildung und leider deutlich weniger Wert auf die Fortbildung der 800.000 Lehrkräfte im Dienst.« Wie viel Geld die Länder für die Fortbildung der Lehrkräfte bereitstellen, lässt sich nur schwer feststellen. Die Pro-Kopf-Ausgaben schwanken je nach Bundesland zwischen 92 Euro und 611 Euro, wie Zahlen aus dem Jahr 2014 zeigen. Die enormen Unterschiede lassen sich zum Teil damit erklären, dass die Länder solche Fortbildungen unterschiedlich definieren. So rechnete das Bundesland mit dem höchsten Wert einfach die Ausgaben für das Referendariat hinzu. Aus den Daten des Statistischen Bundesamtes ergibt sich jedenfalls: Die Ausgaben für Fortbildungen sind zwischen 2002 und 2015 um zehn Prozent gesunken, während die Ausgaben für die Schulen insgesamt um 36 Prozent gestiegen sind. Zu wenig finanziert sei diese wichtige Aufgabe in Deutschland in jedem Fall, konstatieren die Autor*innen der Studie von Daschner. Die Bertelsmann Stiftung spricht von einer »Unterfinanzierung des Fortbildungsbereiches«.

Es gibt wenig Austausch der Bundesländer untereinander, weshalb es an Transparenz und Vergleichbarkeit fehlt. Es gibt keine regelmäßige und öffentliche Berichterstattung über Angebote, Nachfrage, Teilnehmende, Formate, Kosten und Effekte. Zudem tauschen sich die meisten Bundesländer fast gar nicht zum Thema Lehrkräftefortbildung aus. Eine verbindliche Zusammenarbeit findet nicht statt.

»Nicht jede gute Lehrkraft ist automatisch eine gute Fortbildungskraft in der Erwachsenenbildung.«

Doch auch Lehrkräfte lernen nie aus: Zahlreiche bildungspolitische, fachdidaktische, pädagogische oder inhaltliche Veränderungen wie zum Beispiel Bildungs- und Lehrpläne, eine sich verändernde Schüler*innenschaft und Gesellschaft, eine sich stark verändernde digitale Bildung und vieles mehr fordern von Lehrkräften, sich regelmäßig weiterzubilden. Lehrkräfte müssen sich immer wieder in ihrem Berufsleben solchen neuen Herausforderungen stellen und fortlaufend weiterqualifizieren. In allen Bundesländern existieren entsprechende Bestimmungen, die aber zumeist nur als ein Recht auf Fortbildung aber nicht als Pflicht dazu formuliert ist. Überhaupt ist es nur in vier Bundesländern festgelegt, wie viele Stunden pro Jahr die Lehrenden für die Fortbildung aufwenden müssen. Das sind Berlin, Hamburg, Bremen und Bayern. In den anderen Bundesländern gibt es eine »Soll-Verpflichtung«.

Neue Formate und Bedürfnisse nach Corona

In einer Befragung der Forsa Politik- und Sozialforschung GmbH mit über Tausend Lehrkräften hat sich im Juni 2021 ergeben, dass Lehrkräfte ihren eigenen Angaben nach verschiedenste Fortbildungsaktivitäten nutzen. So geben 72 Prozent an, hierzu Fachliteratur offline mehrmals gelesen zu haben. Zwei Drittel taten dies mehrmals online. Zudem haben sogar 65 Prozent mehrmals Online-Kurse besucht. Von den Lehrkräften, die seit weniger als fünf Jahren unterrichten, geben rund zwei Drittel an, dass sie in den vergangenen zwei Jahren ihren Unterricht durch Kolleg*innen beobachten ließen. Auch, wenn diese Befragungswerte sicherlich unter Corona-Bedingungen erhoben wurden,

FOTO: ADOBE STOCK/IAKOV FILIMONOV; FOTO OBEN: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

»Auch Lehrkräfte lernen nie aus.«

sollte die Häufigkeit und die positiven Rückmeldungen dazu zum Nachdenken bringen, diese Formate auch nach der Pandemie zu berücksichtigen.

Unterschiedliche Altersgruppen und Lehrämter haben unterschiedliche Fortbildungsbedürfnisse. Gymnasiallehrkräfte besuchen eher Fortbildungen zu Fachinhalten, Fachdidaktik sowie Kenntnis des Lehrplans, Grund- und Förderschullehrkräfte häufig zum Verhalten von Schüler*innen und Klassenführung. Lehrkräfte an Förderschulen besuchen zu drei Vierteln Fortbildungen zum Unterrichten von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Jüngere Lehrkräfte geben wesentlich häufiger als ältere an, dass sie vermehrt Fortbildungen zu Fachinhalten oder Fachdidaktik und zum Verhalten von Schüler*innen besuchen.

Wichtige immer wiederkehrende bildungspolitische Neuerungen müssen oftmals relativ schnell von den Fortbildungsinstituten umgesetzt werden und dies in oftmals kurzen Fortbildungen, wo Lehrkräfte für eine kurze Zeit in Präsenz zusammenkommen, da eintägige Fortbildungen meist der Standard sind. Wobei doch eigentlich klar ist, dass nur in längerfristig angelegten Fortbildungen anspruchsvolle Inhalte und praktische Umsetzung verinnerlicht werden können. Hinzu kommt die Wichtigkeit, das Erlernte im eigenen Unterricht anwenden und ausprobieren zu können.

Fortbildungen sind unabdingbar: Bildungspolitische Veränderungen, ein enges Zeitfenster in der Lehrkräfteausbildung und gesellschaftliche und wissenschaftliche Veränderungen erfordern unabdingbar eine stetige gute Lehrkräftefortbildung, die Qualitätskriterien aufweisen muss. Über diese werde ich in der nächsten *bbz* berichten. ■

Thomas Höchst, Direktor einer integrierten Gesamtschule, Buch- und Fachautor

Fünfter Warnstreik für einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz

GEW BERLIN erhöht den Druck für das Tarifprojekt für kleinere Klassen

von Markus Hanisch

Mit zwei weiteren Warnstreiks hat die GEW BERLIN im September und Oktober den Druck für den Abschluss eines Tarifvertrages zum Gesundheitsschutz erhöht. Mit dem Tarifvertrag will die GEW das Verhältnis von Schüler*innen zu Lehrkräften und damit die Klassengröße an allgemein- und berufsbildenden Schulen verbindlich regeln. An beiden Tagen legten jeweils 3.500 Lehrkräfte ihre Arbeit nieder und zogen vor das Rote Rathaus. Ein starkes Zeichen! »Mit einem Tarifvertrag will die GEW die Weichen stellen für verbindliche Verbesserungen, für konkrete Schritte zu kleineren Klassen. Der politische Wille ist da, dieses Ziel hatten Grüne und Linke in ihre Wahlprogramme geschrieben. Dass der Senat es bisher nicht aus eigener Kraft geschafft hat, ausreichend Lehrkräfte auszubilden, ist kein Argument gegen das Tarifprojekt, sondern dafür!«, sagte die Leiterin des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik, Anne Albers. Inzwischen hat sich auch der Landeselternausschuss den Forderungen der GEW angeschlossen. Jetzt ist es an der Zeit, endlich konkrete Schritte zu vereinbaren, damit die Verkleinerung der Klassen in den nächsten Jahren verlässlich gelingen kann. ■

Weitere Informationen zum Tarifprojekt und zu möglichen weiteren Warnstreiks bekommt ihr auf www.gew-berlin.de/tvgesundheitsschutz

Markus Hanisch, Geschäftsführer der GEW BERLIN und Mitglied der bbz-Redaktion

Warum Personalräte Einstellungen ablehnen

Personalräte müssen nach geltender Rechtslage entscheiden, ob jemand eingestellt werden kann und zu welchen Bedingungen. Individuelle Spielräume gibt es nicht

von Franziska Fröhlich

Da war er wieder, einer dieser ganz besonderen Fälle: eine befristete Weiterbeschäftigung und die Frage, ob daraus nicht eine unbefristete Beschäftigung werden könne. Mit solchen Vorgängen haben Personalräte immer wieder zu tun und immer wieder steht die Frage im Raum, ob ein Personalrat nicht eine Einzelfallentscheidung treffen könne, obwohl die formalen Bedingungen für die Einstellung nicht erfüllt sind.

Personalräte sind unter anderem dafür verantwortlich, auf gleiche Bedingungen für die Beschäftigten zu achten und darauf, dass geltende rechtliche Bestimmungen eingehalten werden. Im öffentlichen Dienst werden alle Stellen ausgeschrieben. In den Ausschreibungen werden die Bedingungen für die Einstellung – befristet oder unbefristet – benannt. Wer sie erfüllt, kann so eingestellt werden. Doch was ist, wenn die Voraussetzungen der Ausschreibung nicht erfüllt werden?

Chancengleichheit gewährleisten

In meinem Bereich – allgemeinbildende Schule, Bereich Lehrkräfte – herrscht großer Personalmangel. Um diesen irgendwie zu decken, gibt es die Möglichkeit, ohne formale Qualifikation befristet eingestellt zu werden. Für eine unbefristete Einstellung wäre eine abgeschlossene Lehramtsausbildung oder der Quereinstieg notwendig. Bei uns gibt es viele Menschen, die die Möglichkeit befristeter Einstellung wahrnehmen, manche bereits seit mehreren Jahren. Sie leisten in unseren Schulen gute Arbeit – sonst würden sie ja keine weiteren Verträge angeboten bekommen. Verständlich ist da der Wunsch, dauerhaft beschäftigt zu werden. Doch leider lassen dies die Ausschreibungen nicht zu. Diese Situation kennen vermutlich viele Personalräte – wir in Marzahn-Hellersdorf auf jeden Fall. Auf der einen Seite Menschen, die eine gute Arbeit machen und dafür faire, planbare und nichtprekäre Arbeitsbedingungen verdienen und auf der anderen Seite unsere Verpflichtung, über die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen und die Chancengleichheit zu wachen. Wir müssen daher unbefristete Einstellungen von Menschen, die nicht den Kriterien der aktuellen Ausschreibungen entsprechen, ablehnen. Einzelfallentscheidungen dürfen wir nicht treffen, denn das wäre gegen vergleichbare Bedingungen für alle.

Gemeinsam für faire Arbeitsbedingungen

Das Problem sind nicht die Personalräte, die renitent oder ungerecht sind. Das Problem sind die Ausschreibungen. Wir müssen gemeinsam Wege finden, diese Ausschreibungen zu ändern oder neue zu kreieren. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten.

Zum einen können wir in Personalversammlungen Beschlüsse formulieren, in denen wir die Arbeitgeberin, die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, auffordern, andere Ausschreibungen zu erstellen. Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf haben wir das in der Vergangenheit bereits mehrfach getan und wir werden es wieder versuchen.

Zum anderen können wir gewerkschaftliche Strukturen nutzen, um auf diese Probleme aufmerksam zu machen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Menschen, die gute Arbeit leisten, verdienen faire Arbeitsbedingungen – verlässlich, planbar, angemessen bezahlt. Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, statt uns gegenseitig die Schuld zuzuschieben.

»Einzelfallentscheidungen dürfen wir nicht treffen, denn das wäre gegen vergleichbare Bedingungen für alle.«

Franziska Fröhlich, Mitglied im Personalrat für allgemeinbildende Schulen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf

FOTO: IMAGO IMAGES/MCPHOTO

FOTO: SEBASTIAN PFUETZE

Die GEW BERLIN wählt

Deine Stimme zählt!

von Martina Regulin und Tom Erdmann

Wir sind die einzige Gewerkschaft, in der sich die Kolleg*innen aller Bildungsbereiche organisieren, das ist unsere Stärke! Mit 30.000 Mitgliedern sind wir der drittgrößte GEW-Landesverband und die Interessensvertretung der Bildungsarbeiter*innen in Berlin! Gemeinsam kämpfen wir für bessere Arbeitsbedingungen und gute Bildung in der Kita bis zur Hochschule! Wenn du Lust hast, die GEW BERLIN mit deinen Themen und Anliegen voranzubringen, dann ist jetzt ein guter Zeitpunkt. Wir freuen uns über Mitstreiter*innen!

Wer wählt was?

Damit die unterschiedlichen Berufsgruppen und Perspektiven in der GEW gehört werden können, ist die GEW BERLIN in Fach- und Personengruppen, Bezirke und Abteilungen gegliedert. Gewählt wird jetzt auf allen Ebenen. Eine Übersicht über die Untergliederungen findest du auf der folgenden Seite. Klingt kompliziert? Ist es aber nicht. Du bekommst auf jeden Fall eine Einladung zu allen Mitgliederwahlversammlungen, in denen du wahlberechtigt bist.

Egal, ob du irgendwo aktiv werden, oder nur mal vorbeischauen möchtest, die Mitgliederwahlversammlungen sind eine gute Gelegenheit, die GEW BERLIN besser kennenzulernen.

Mitmachgewerkschaft GEW

In den Bezirken und Abteilungen sowie in den Fachgruppen werden die Leitungsteams oder Vorstände neu gewählt, außerdem die Delegierten für die Landesdelegiertenversammlung (LDV). Einen Bericht über die letzte LDV im Oktober findest du ab Seite 36. Auf den Mitgliederversammlungen kannst du mehr über die Arbeit der Gremien erfahren. Hier stellen sich die jeweiligen Teams vor und es gibt immer Zeit für Austausch.

Im Bezirk hast du die Möglichkeit, dich in alle schulischen Bildungsbelange deines direkten Umfelds einzumischen: Ob Vertrauensleutearbeit oder Schulgruppe, ob Zusammenarbeit mit dem DGB oder lokale Bündnisse, in der Bezirksarbeit bist du direkt vor Ort mit dabei.

»Bezirksarbeit bedeutet: Kolleg*innen persönlich kennenlernen und helfen, neue Mitglieder gewinnen und aktivieren, um vor Ort Verbesserungen durchzusetzen. Die Mitarbeit im Bezirk ist auch ein guter Einstieg in die GEW!«, sagt Ryan Plocher Bezirksleitung Neukölln.

Die Abteilungen Wissenschaft, Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit sowie Berufsbildende Schulen arbeiten überbezirklich. Hier werden die politischen Leitlinien der jeweiligen Bereiche diskutiert und erarbeitet. »Mit der Abteilung Wissenschaft haben wir die Reform des Berliner Hochschulgesetzes intensiv begleitet. Im Gesetz ist das Thema Demokratisierung stärker verankert, ebenso wie die Weiterentwicklung guter Arbeit, die Eingrenzung der Befristung und die Erweiterung dauerhafter Perspektiven für Wissenschaftler*innen. Das ist auch ein Erfolg der GEW BERLIN!«, sagt Rainer Hansel, Sprecher des Leitungsteams der Abteilung Wissenschaft.

In den Fachgruppen werden die berufsspezifischen Anliegen diskutiert, in die GEW BERLIN eingebracht und nach außen getragen. Ihr kennt die Probleme und Bedürfnisse eurer Berufsgruppe am besten, ihr bekommt als erste mit, wo die GEW aktiv werden muss.

»Fachgruppenarbeit bedeutet, zeitnah und aktuell informiert zu sein. Die Fach-

gruppe bietet viele Vernetzungsmöglichkeiten, das stärkt die eigene Position. Und wir können darüber auch Einfluss nehmen. Außerdem macht die Arbeit in der Fachgruppe Spaß, weil man mit netten und engagierten Menschen im Austausch ist«, sagt Michaela Ghazi, Fachgruppe Integrierte Sekundarschule und Gemeinschaftsschule.

Ehrenamtlich aktiv

Gemeinsam mit Gleichgesinnten etwas auf die Beine zu stellen, bewegt und stärkt alle. Aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Die Ehrenamtlichen der GEW BERLIN können sich auf die Unterstützung durch die GEW-Geschäftsstelle verlassen. Wir haben ein großes, offenes Haus, in dem Seminare, Ausstellungen und Workshops veranstaltet werden. Hier findet ihr Raum für Diskussionen, eine Anlaufstelle für Fragen und kompetente Unterstützung durch unsere Hauptamtlichen.

Die GEW BERLIN steht für die Vereinbarkeit von Sorgearbeit, beruflicher Tätigkeit und gewerkschaftlichem Engagement ein. Wenn du Fragen zum Thema Vereinbarkeit hast, hilft dir Katrin Wagner gerne weiter *(katrin.wagner@gew-berlin.de, 030-21 999 3-64).*

»Als GEWerkschafter*innen setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen ein. Das gilt natürlich auch für‘s Ehrenamt. Auf der letzten LDV haben wir mit dem Antrag zur Sorgearbeit viel erreicht. Für mich und andere Gewerkschafter*innen mit kleinen Kindern ist ehrenamtlichen Engagement so eher möglich«, sagt Friederike Peiser, stellvertretende Gesamtfrauenvertreterin.

Du hast Lust, in der GEW aktiv zu werden, weißt aber noch nicht wie und wo? Kein Problem, du kannst dich einfach in der Geschäftsstelle melden und wir sprechen mit dir über Ideen und Möglichkeiten.

Ruf uns an unter 030 - 219993-33 oder schick eine Mail an vorstand@gew-berlin.de. www.gew-berlin.de/aktiv-werden

Martina Regulin und Tom Erdmann, Vorsitzende der GEW BERLIN

FOTO: KAY HERSCHELMANN

Werde aktiv!

Von Januar bis April 2023 wird in der GEW BERLIN gewählt: Frische Ideen und neue Gesichter sind herzlich willkommen

von Tine Scheffelmeier

Wir möchten dich ermutigen, zu den Wahlmitgliederversammlungen zu kommen, dein neues Leitungsteam zu wählen oder dich selbst zu engagieren und vielleicht sogar aufstellen zu lassen.

Viele Ämter bringen die Chance, die inhaltliche Ausrichtung der GEW zu gestalten. Die Zukunft liegt in deiner Hand: Hier bist du mit deinen Ideen willkommen, kannst sie einbringen und umsetzen!

Wenn du noch nicht genau weißt, wo du aktiv werden möchtest oder kannst, findest du hier Unterstützung: *www.gew-berlin.de/aktiv-werden.* Die Termine für die Mitgliederversammlungen werden auch online bekannt gegeben.

Wahlausschreiben für die GEW-Wahlen in den Bezirken, Abteilungen und Fachgruppen* im Jahr 2023

Entsprechend der Satzung und der »Ordnung über die Durchführung von Direktwahlen« der GEW BERLIN finden von Januar bis April 2023 Wahlen in allen Bezirken, Abteilungen und Fachgruppen statt.

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der GEW BERLIN, deren Aufnahme in die GEW spätestens zu Beginn des Monats vollzogen ist, in dem die jeweilige Wahlmitgliederversammlung durchgeführt wird. Sie sind in ihrem Bezirk bzw. ihrer Abteilung sowie in den Fachgruppen wahlberechtigt.

Das passive Wahlrecht haben (d.h. wählbar sind) alle Mitglieder in ihrer jeweiligen Fachgruppe/ihrem jeweiligen Bezirk bzw. ihrer Abteilung. Voraussetzung ist, dass die Mitglieder der GEW mindestens sechs Monate (gerechnet vom Tag der Wahlmitgliederversammlung) angehören. Vorausgegangene Mitgliedszeiten in anderen DGB-Gewerkschaften werden angerechnet.

Bei diesen Wahlen steht es den jeweiligen Wahlmitgliederversammlungen frei, zwischen der Wahl einzelner Funktionsträger*innen oder der Wahl eines Leitungsteams zu entscheiden.

1. Wahl einzelner Funktionsträger*innen

Entscheidet sich die Wahlmitgliederversammlung für die Wahl einzelner Funktionsträger*innen, so sind folgende Funktionen zu besetzen:

Bezirke/Abteilungen:

- Vorsitzende*
- 2. Vorsitzende*r
- 3. Vorsitzende*r
- Schatzmeister*in
- eine von der Mitgliederversammlung vorab festzulegende Anzahl von Beisitzer*innen in der Bezirks-/Abteilungsleitung
- die Delegierten in der Landesdelegiertenversammlung
- die Kassenprüfer*innen des Bezirks/der Abteilung

Nach § 22 Ziffer 5 der Satzung der GEW BERLIN wird die Zahl der bezirklichen bzw. der Abteilungs-Delegierten auf der Basis der Mitgliedszahlen vom 01.01.2020 ermittelt.

Fachgruppen:
- Vorsitzende*r
- stellvertretende*r Vorsitzende*r
- bis zu zehn weitere Mitglieder des leitenden Ausschusses der Fachgruppe
- ein*e Delegierte*r der Fachgruppe für die Landesdelegiertenversammlung

2. Wahl eines Leitungsteams

Entscheidet sich die Wahlmitgliederversammlung für die Wahl eines Leitungsteams, so legt sie zunächst nach § 15 Ziffer 2a der Satzung der GEW BERLIN die Größe des Teams fest.

Anschließend wird das jeweilige Team in Gruppenwahl nach Ziffer 23 der Wahlordnung gewählt.

In den Bezirken und Abteilungen werden weiterhin die Delegierten und die Kassenprüfer*innen in Gruppenwahl gewählt. In den Fachgruppen entfällt bei Wahl eines Leitungsteams die gesonderte Wahl einer*eines Delegierten für die Landesdelegiertenversammlung, dieses Mandat wird von einem Mitglied des Teams wahrgenommen.

Alle aktiv wahlberechtigten Mitglieder können für ihren jeweiligen Bezirk/ihre Abteilung sowie ihre Fachgruppe Kandidat*innen für die zu vergebenden Mandate benennen. Jedes wahlberechtigte Mitglied kann sich selbst vorschlagen. Die Benennung muss schriftlich erfolgen. Hierzu muss die schriftliche Einverständniserklärung des bzw. der Vorgeschlagenen beigefügt sein. Weitere Kandidat*innen können auf der jeweiligen Wahlmitgliederversammlung durch die dort Anwesenden benannt werden.

Die Wähler*innenverzeichnisse sind während der Öffnungszeiten in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN einzusehen. Bei einem Wechsel des (Dienst-)Bezirks und/oder der Fachgruppe muss dieser der Geschäftsstelle spätestens zwei Wochen vor der betreffenden Wahlversammlung mitgeteilt werden, anderenfalls kann das Wahlrecht nur im bisherigen Bezirk beziehungsweise der bisherigen Fachgruppe ausgeübt werden.

Außerhalb der Wahlmitgliederversammlung besteht keine Möglichkeit, sich an den Wahlen in der GEW BERLIN zu beteiligen. Die Briefwahl ist nicht vorgesehen.

Die Termine für die jeweiligen Wahlversammlungen werden über die *bbz*, den GEW-Newsletter und die Internetseite der GEW BERLIN (*www.gew-berlin.de*) bekannt gegeben. ■

Für die Wahlausschüsse
Tine Scheffelmeier,
Geschäftsführerin der GEW BERLIN

GEW-Schulleitungsvereinigung neu gewählt

Die Vereinigung Berliner Schulleiter*innen (VBS) hat einen neuen Vorstand

von Nuri Kiefer und Tina Kardam

Die Vereinigung Berliner Schulleiter*innen (VBS) vertritt die Interessen des Berufsstandes Schulleitung offensiv nach außen und wird als Verband regelmäßig von der Bildungsverwaltung gehört und ernst genommen – mit einer starken Gewerkschaft im Hintergrund. Im Juni 2022 fanden Neuwahlen für den Vorstand statt.

Zu den beiden neuen Vorsitzenden gewählt wurden Tina Kardam, Schulleiterin der Solling-Sekundarschule und Nuri Kiefer, Grundstufenleiter der Paula-Fürst-Gemeinschaftsschule. Beisitzer*innen im Vorstand sind Waltraud Ull (Joan-Miró-Grundschule), Stepahn Wahner (Carl-Humann-Grundschule), Detlef Pawollek (Röntgen-Schule), Ronald Rahmig (OSZ-Kraftfahrzeugtechnik), Anne Priebsch (Anna-Freud-Schule). Austausch und Vernetzung sollen in Zukunft wieder ein stärkeres Gewicht erhalten. Daher werden wir pro Halbjahr zu einer Mitgliederversammlung einladen. Die nächste findet am Mittwoch, den 14. Dezember 2022 um 17.15 Uhr im GEW-Haus statt. Als Referent*innen dürfen wir Angelika Kuntzsch, Leiterin des Leadership.lab sowie Anne Albers und Udo Mertens, Leiterin und Leiter des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik begrüßen. Mit ihnen wollen wir Themen besprechen wie den Entwicklungsstand des Leadership.lab, den TV Gesundheitsschutz und die Rolle von Schulleitungen sowie die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Wiederverbeamtung, insbesondere auch von Funktionsstelleninhaber*innen. Alle GEW-Schulleitungsmitglieder sind herzlich willkommen. ■

Nächste Mitgliederversammlung: Mittwoch, den 14. Dezember 2022 um 17.15 Uhr im GEW-Haus

Nuri Kiefer und Tina Kardam,
Vorsitzende der VBS

»Wir befinden uns im Bildungsnotstand«

Pädagog*innen, Schüler*innen, Eltern und Schulleiter*innen diskutieren über Lösungen für das Pankower und Berliner Schulproblem

von Pablo Postigo Olsson

Um den dramatischen Ist-Zustand zu beschreiben, reichen wenige Zahlen: In Berlin fehlen etwa 20.000 Schulplätze und mehr als 1.000 Lehrkräfte. Die Beschäftigten, die noch im Dienst sind, halten unter unzumutbar hoher Belastung und Einsatz ihrer Gesundheit eine abgespeckte Form des Schulbetriebs am Laufen.

In Sachen Bausubstanz wurden von den 29 vom Pankower Bezirksamt beantragten bitter nötigen Sanierungsmaßnahmen an Schulen des Bezirkes kürzlich 27 durch den Senat abgelehnt. Sogar das Gymnasium am Europasportpark, wo die Gefahr herausfallender Fenster und Trümmer die Unfallkasse dazu veranlasste, eine Teilschließung der Schule zu erwägen, wurde nicht bedacht.

»Die Beschäftigten halten unter hoher Belastung und Einsatz ihrer Gesundheit eine abgespeckte Form des Schulbetriebs am Laufen.«

»Was tun gegen die Bildungskrise in einer Zeit des Stühlezusammenrückens?«, fragt Phillip Dehne (Schule muss anders), als er am 21. September 2022 im Felix-Mendelssohn-Bartholdy eine von der Pankower GEW organisierte Podiumsdiskussion zum Schulnotstand einleitet.

Zumindest für diesen Abend werden in der Tat Stühle zusammengerückt, und zwar solche, die manchmal nicht nur auf Abstand, sondern auf entgegensetzten Raumseiten stehen: Tim Kleinmann von der Bezirksschüler*innenvertretung, Katja Ahrens vom Bezirkselternausschuss, Stephan Wahner für die Vereinigung Berliner Schulleiter*innen der GEW und Petra Kaersten als Vertreterin der Pankower Bezirksleitung der GEW diskutieren für etwa zwei Stunden miteinander und mit dem anwesenden Publikum.

Lernen im Eiltempo und marode Schulen

Auffällig dabei: die Bestandsaufnahmen unterschieden sich nicht wesentlich voneinander. So sagt Wahner in seinem Anfangsplädoyer: »Die größte Not ist, wenn Krankheit an der Schule ist. Man ist nur noch am Basteln von Lösungen und am Betreuen. Mit Bildung hat das nichts zu tun.« Kleinmann bestätigt aus Schüler*innensicht: »Es geht nicht um Bildung, da geht es nur um eine Zahl.« Er meint die vielen Lernerfolgskontrollen und Noten, die den Lernenden im Eiltempo abverlangt werden, weil den Pädagog*innen für schüler*innenzentrierte Bildungsarbeit keine Zeit bleibt. Über die Verantwortung für diesen Missstand sind sich auch alle einig: »Auf Landesebene fehlt es an Steuerung. Diese wird in Eigenverantwortung an Schule versteckt. Die Verwaltung duckt sich weg«, sagt nicht etwa der Schulleiter, sondern die Vertreterin der Eltern. Als sie über die nur schwerfällig anlaufende Bauoffensive und das Sanierungsfiasko spricht, kommt sie zu dem Schluss, dass unter diesen Bedingungen die Diskussion über Bildungsqualität und Chancengleichheit »obsolet« sei.

Natürlich kommt auch das Tarifvorhaben Gesundheitsschutz als Lösungsansatz zur Sprache. »Unsere Lehrkräfte haben eine starke psychische Belastung. Wir wollen deshalb, dass es kleinere Klassen gibt. Mit einem Tarifvertrag wollen wir Höchstgrenzen festsetzen. Dafür soll zusätzliches Personal eingestellt werden«, fasst sie den Notstand und die Forderungen der GEW zusammen. »Eigentlich müssten doch die Schüler*innen und die Eltern am Schulzaun rütteln!«, fordert sie ihre Gesprächspartner*innen in der Runde auf.

Anfangs knirscht es in der Frage der Verhältnismäßigkeit der Streiks, gerade als der Zusammenfall eines Streiktermins im Frühjahr mit dem Abitur zur Sprache kommt. Aber am Ende, auch nach einigen Redebeiträgen aus dem Publikum, steht ein gemeinsamer Nenner fest: das Problem ist nicht der Streik, sondern der gegenwärtige Normalzustand. »Mit der GEW sind wir im Gespräch«, sagt Ahrens zum Abschluss. »Wir müssen eine Vernetzungsoffensive starten«, stellt Kleinmann fest. Nur durch das gemeinsame politische Handeln und den Druck auf die politischen Akteur*innen kann der Notstand überwunden werden und die Schule wieder ihrem Bildungsauftrag nachkommen. ■

Pablo Postigo Olsson, Lehrer am Robert-Havemann-Gymnasium

FOTO: PRIVAT

Finanziell unsicher und psychisch belastend

Die Pandemie wirkt sich bis heute auf die Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung aus

vom Leitungsteam der Fachgruppe Erwachsenenbildung

FOTO: ADOBE STOCK/HALFPOINT

Was die Pandemie und besonders der Lockdown für uns Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung bedeutet hat, ist oft Gesprächsthema unter Kolleg*innen. In den wissenschaftlichen Untersuchungen, die zur Lehre während der Pandemie durchgeführt worden sind, haben wir kaum etwas gefunden, was direkt die Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung betrifft. So haben wir in einem offenen Treffen einige Kolleg*innen nach ihren Erfahrungen und Meinungen gefragt.

Anders organisiert während des Lockdowns

Am Anfang der Pandemie gab es wenig Unterstützung von Auftraggeber*innen beziehungsweise Arbeitgeber*innen. Fast alles mussten die Lehrkräfte in Eigeninitiative improvisieren, und für die zusätzliche Arbeitsbelastung gab es keine Entschädigung. Zum zusätzlichen Aufwand zählen neben der Umstellung auf Online-Unterricht auch die Umsetzung der Hygieneregeln und die Kontrollen der Impf- und Coronatest-Nachweise. Auch wenn es einige Kolleg*innen spannend fanden, neue Arbeitstools kennenzulernen, bedeutete diese Umstellung einen zusätzlichen Arbeitsaufwand. Und es ging nicht nur um neue Tools, sondern auch um neue Methoden im Online-Unterricht, womit die wenigsten Vorerfahrungen hatten.

Die finanziellen Verluste aus dem Ausfall von Kursen konnten erstattet werden, indem die Dozent*innen die Mittel nach Sozialdienstleister-Einsatz-Gesetz (SodEG) oder die Neustarthilfe vom Bundesministerium für Wirtschaft beantragten. Zwar gab es auch die Möglichkeit, ALG-II für Selbstständige in Anspruch zu nehmen, aber viele, die berechtigt waren, wollten dies vermeiden.

Generell waren in der Pandemie die Einnahmen schwankend und nicht voraussehbar, was bedrohlich wirkte, und zudem wurden die Honorare oft verspätet gezahlt. Allerdings war die finanzielle Unsicherheit je nach Einrichtung unterschiedlich ausgeprägt.

An den Hochschulen wurden die Kurse schnell auf Online-Formate umgestellt, sodass die Einnahmen einigermaßen konstant blieben. An den Berliner Volkshochschulen (VHS) veröffentlichte der Finanzsenator ein Schreiben, damit die Dozent*innen für die unterbrochenen sowie für die geplanten Kurse 75 Prozent der Honorare bekamen. Allerdings interpretierten die Leitungen der einzelnen VHS den Begriff »geplant« unterschiedlich.

Die psychische Belastung, die viele Kolleg*innen mit Begriffen wie »Ohnmacht«, »Kontrollverlust« und »Existenzangst« zum Ausdruck brachten, ist sicher nicht speziell für die Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung, aber in unserem Fall wurden diese Gefühle durch die finanzielle Unsicherheit verstärkt.

Teilnehmende verloren Motivation

Für den Online-Unterricht hatten die Teilnehmenden in der Erwachsenenbildung und besonders in den Deutschkursen schlechtere Lernbedingungen, weil die meisten keine Tablets oder Computer hatten, um angemessen lernen zu können, sondern nur Handys. Durch die Unterbrechung der Kurse haben viele Teilnehmende Motivation, Übung und Lerngewohnheit verloren, die nach Ende des Lockdowns nur langsam wieder aufzubauen waren. Außerdem konnten weniger Kursteilnehmende aufgenommen werden, weil die Unterrichtsräume jetzt nur noch für weniger Personen zugelassen waren. Es gab kaum Prüfungstermine, und wegen der Unterbrechungen in der Vorbereitungsphase hatten die Kursteilnehmenden bei den Prüfungen niedrigere Erfolgschancen. Diese Erfahrungen betreffen die letzten zwei Jahre. Jetzt sind wir gespannt, wie uns Covid-19 im Herbst und Winter 2022/23 beschäftigen wird. ■

»Die Lehrkräfte mussten improvisieren. Für die zusätzliche Arbeitsbelastung gab es keine Entschädigung.«

Online findet sich eine Liste mit Quellen und weiterführenden Links zum Thema: www.gew-berlin.de/aktuelles/detailseite/finanziell-unsicher-und-psychisch-belastend

Leitungsteam der Fachgruppe Erwachsenenbildung

Die Landesdelegierten tagten

Effiziente Diskussionen und ein ziemlich buntes Programm zeichneten die Herbst-Landesdelegiertenversammlung (LDV) am 11. und 12. November aus

von Markus Hanisch

Szenenapplaus gab es, als der erste Sitzungstag deutlich vor der Zeit beendet werden konnte, weil alle Anträge bereits behandelt wurden. So effizient ist die Landesdelegiertenversammlung (LDV) nicht immer. Ein Grund für das Tempo lag sicher auch in der überwältigenden Zustimmung, die eine Reihe von Anträgen erhielt. Zuvorderst zu erwähnen sind gleiche mehrere Anträge zum Thema Gleichstellung. Die GEW BERLIN setzt sich für mehr Karrierechancen für Frauen in der Schule ein (mehr dazu im folgenden Artikel). Auch die Anträge mit Blick auf Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit erfuhren große Zustimmung: Unter anderem fordert die GEW BERLIN das Land auf, unabhängige Beauftragte für Kinderrechte einzurichten und für Erzieher*innen mehr berufliche Perspektiven zu schaffen.

Auf dem Gewerkschaftstag 2021 wurde Maike Finnern zur Vorsitzenden gewählt. Da der Gewerkschaftstag pandemiebedingt nur digital stattfinden konnte, wurde er im Jahr darauf mit der Antragsberatung in Präsenz fortgesetzt. Um von diesem gewerkschaftlichen Großereignis in Leipzig zu berichten, präsentierten die Delegierten des Gewerkschaftstages die ihnen am Herzen liegenden Beschlüsse im Rahmen der LDV. Diese konnten mit der Bundesvorsitzenden, Maike Finnern, diskutiert werden. Denn sie war zu Gast, um von den Beschlüssen zu berichten und sich den Fragen der Delegierten zu stellen.

Verabschiedet wurde unter sehr viel Applaus die langjährige Vorsitzende der GEW BERLIN, Doreen Siebernik, die über zehn Jahre für die GEW BERLIN viele Erfolge erkämpft hat. Doreen verantwortet inzwischen den Bereich Kinder- und Jugendhilfe beim GEW-Hauptvorstand. Im Amt bestätigt wurden die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes (GLV) der GEW BERLIN, Nadine Wintersieg als Leiterin der *bbz*-Redaktion und Laura Haßler als Leiterin des Vorstandsbereichs Lehrer*innenbildung und Hochschulen. Diese hatten sich erneut zur Wahl stellen müssen, da ihre Teampartner*innen zurückgetreten waren. Wir wünschen beiden ganz viel Erfolg!

Insgesamt hatte diese LDV ein sehr buntes Programm. Mit der Frage, wie wir unsere Einkommen angesichts der Inflation sichern und wie insbesondere Menschen mit wenig Geld durch diese Krise kommen, befassten sich in einer offenen Podiumsdiskussion die Delegierten gemeinsam mit Katja Karger (DGB-Vorsitzende Berlin-Brandenburg), Silke Tober vom Institut für Makroökonomie in der Hans-Böckler-Stiftung und Ines Schwerdtner (Chefredakteurin Jacobin Magazin und Initiatorin von »Genug ist Genug«).

Gülten Alagöz ist Grundschullehrerin und Personalrätin in Tempelhof-Schöneberg und seit 2020 Mitglied bei der LDV. Als ehemalige Bezirksverordnete aus Friedrichshain-Kreuzberg ist ihr die politische Mitbestimmung und die Beteiligung an politischen Willens- und Entscheidungsprozessen ein großes Herzensanliegen. Themen, die sie in der LDV interessieren und die sie persönlich verfolgt, sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Wertschätzung und Anerkennung des Lehrer*innenberufes und die Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt (Diversity) an Schulen.

Jasmina Brück ist Koordinierende Fachkraft und Personalrätin im Bezirk Spandau. Sie hat das erste Mal an der LDV teilgenommen. Ihr ist es wichtig mitdiskutieren und mitentscheiden zu können, wofür die GEW steht und sich einsetzt. Sie sieht so eine große Chance den Arbeitsbereich für Erzieher*innen mit verbessern zu können. Besonders der gegenseitige Austausch und die Vernetzung ist für sie sehr wertvoll und relevant, um gemeinsam bestimmte Ziele zu erreichen.

Der Germanist Timo Sestu ist seit Juni 2021 für die Abteilung Wissenschaft Mitglied der LDV. Er schätzt die oftmals konstruktive Streitkultur und das Engagement, mit dem hier die bildungspolitischen Themen verhandelt werden. In der Diskussion der Anträge zwischen den Delegierten findet die GEW BERLIN nicht nur Antworten auf die drängenden politischen Fragen der Zeit, sondern reflektiert und aktualisiert auch immer wieder ihr Selbstverständnis als Bildungsgewerkschaft. An diesem Prozess teilzunehmen motiviert ihn immer wieder als Delegierter.

Markus Hanisch, Geschäftsführer und Pressesprecher der GEW Berlin

FOTOS: GEW BERLIN

Gleichstellung. Weiter denken!

Die LDV der GEW BERLIN stärkt das Thema Gleichstellung mit vier Anträgen

von Elke Gabriel und Friederike Peiser

Zur Abstimmung lagen auf der Herbst-Landesdelegiertenversammlung (LDV) am 11. und 12. Oktober 2022 vier Anträge vor, die im Nachgang zum Fachtag »Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten« entstanden sind *(die bbz 09/10-22 berichtete)*. Der Fachtag gab der gewerkschaftlichen Diskussion um eine feministische Zeitpolitik neuen Aufwind. Debattiert wurde unter anderem über ungleichverteilte Lohn- und Sorgearbeit und über die Frage, wie die Vereinbarkeit von Leben und Beruf gelingen kann. Ziel des Fachtags war es auch, das Engagement der GEW BERLIN beim Thema Gleichstellung zu stärken und weiterzuentwickeln.

Mehr Funktionsstellen in Grundschulen und Förderzentren

Die Gleichwertigkeit der Arbeit an allen Berliner Schulformen ist seit 2018 anerkannt, denn es gelang der GEW BERLIN, die Gehälter der Grundschullehrkräfte an die der anderen Lehrämter anzugleichen. E13 war ein Meilenstein für die Gleichstellung von Frauen und Männern, denn an Berliner Grundschulen sind acht von zehn Lehrkräften weiblich. Keineswegs gleichwertig sind aber die Aufstiegschancen für die Lehrkräfte der verschiedenen Schulformen. Das zeigt ein Beispiel zweier Schulen aus demselben Berliner Bezirk: An der beispielhaften Grundschule mit 634 Schüler*innen existieren 3 Funktionsstellen. Dem stehen am Gymnasium mit 665 Schüler*innen ganze 13 Funktionsstellen gegenüber.

Das Beispiel zeigt, dass sich am Gymnasium 13 Lehrkräfte beruflich weiterentwickeln können. Sie haben Gestaltungsmöglichkeiten, können Verantwortung übernehmen, bekommen ein höheres Gehalt und ihnen wird ein Aufstieg ermöglicht.

An der Grundschule im genannten Beispiel können dies nur drei Lehrkräfte. Viele Aufgaben, die Funktionsstelleninhaber*innen an Gymnasien leisten, werden an Grundschulen und ebenso an Förderzentren auch erledigt – nur ohne Bezahlung. Arbeit, die nicht bezahlt wird, macht den Beruf nicht gerade attraktiv. Wenn die Aufstiegschancen an den verschiedenen Schultypen gleich wären, wäre dies eine Motivation für junge Menschen, sich für eine Tätigkeit an Grundschulen oder Förderzentren zu entscheiden. Und wir wissen alle, wie dringend wir gut ausgebildete Kolleg*innen an diesen Schulformen brauchen.

Wir werden uns gegenüber der Senatsbildungs-, der Finanz- und der Gleichstellungsverwaltung dafür einsetzen, die Zahl der Funktionsstellen an Grundschulen und Förderzentren zu erhöhen.

Teamgedanken stärken: Jobsharing als Schulversuch

In den Rahmenlehrplänen sind Partizipation, Demokratieentwicklung und Gleichstellung selbstverständlich und werden in Schule, Unterricht, ergänzender Förderung und Betreuung schon lange umgesetzt. Dies steht im Widerspruch zur hierarchischen Schulstruktur. Darum fehlen auch alternative Modelle bezüglich der Funktionsstelle Schulleiter*in. An den Berliner Schulen gibt es keine Möglichkeit der gemeinsamen Bewerbung auf eine Funktionsstelle – das ist nicht zeitgemäß. Jetzt sind die Weichen zu stellen, für eine moderne und partizipative Schul- und Personalentwicklung. Wir brauchen in Schulen eine Kultur, in der Führungskräfte als Team arbeiten und sich als Teil der Schulgemeinschaft verstehen. Absprachen und Diskussionsprozesse benötigen Zeit, deshalb sind hierfür Ressourcen bereitzustellen. Jobsharing ist darüber hinaus ein Instrument, Gleichstellung umzusetzen. Denn in den Berliner allgemeinbildenden Schulen sind weniger als die Hälfte der Frauen Schulleiterinnen, obwohl fast dreiviertel der Lehrkräfte weiblich sind.

Beschlossen hat die LDV zudem: »Die GEW BERLIN vernetzt an Jobsharing Interessierte und bietet begleitende Treffen an.« Also – meldet euch in der GEW-Geschäftsstelle!

Zwei weitere Anträge hatten die Zusammenarbeit der Beschäftigtenvertretung im Fokus. Es geht darum, dass wir Gewerkschafter*innen die rechtlichen Grundlagen (PersVG, Landesgleichstellungsgesetz und Sozialgesetzbuch IX) kennen, uns austauschen und uns gemeinsam für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. So können wir besser ein Gegengewicht gegenüber Schulleitungen bilden. Die Schulleitungsausbildung soll erweitert und eine respektvolle Kooperation mit der Beschäftigtenvertretung begünstigt werden. Zudem hat sich die GEW BERLIN zur Aufgabe gemacht, zu dieser Thematik eine landesweite Schulleiter*innentagung zu organisieren. Weiterhin wurde beschlossen, dass die Personalratsmitglieder bis zur nächsten Personalratswahl in Tagesseminaren zum Berliner Landesgleichstellungsgesetz geschult werden. Die GEW BERLIN hat sich vorgenommen Gleichstellung weiter zu denken – wir sagen: weiter so! ■

Elke Gabriel und Friederike Peiser,
Gesamtfrauenvertreterin und
stellvertretende Gesamtfrauenvertreterin
in der Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend und Familie

FOTO: GEW BERLIN

Wenn die Wolken ein Sturm werden

Während des Corona-Lockdowns haben Depressionen unter Kindern und Jugendlichen massiv zugenommen. Es wird Zeit, endlich offener über dieses Tabuthema zu sprechen

von Tom-Lennart Marquas

Depressionen sind ein sehr großes, aber auch ein sehr persönliches Thema. Wer selbst betroffen ist, merkt schnell, dass das Umfeld oft einen falschen Eindruck von psychischen Erkrankungen hat. Solche Krankheiten sind nicht sichtbar und für Außenstehende oft nur schwer greifbar. Mit der Diagnose Depression gehen viele Vorurteile einher. Mancher glaubt, dass Depressive keinen Spaß haben können oder nur schlechte Laune verbreiten, dass sie selbst schuld seien oder doch Schwächlinge. Zusätzlich sind psychische Erkrankungen ein Tabuthema, nur selten sprechen die Betroffenen offen darüber, zu groß ist die Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung und Missverständnissen.

Auch ich traue mich bis heute nicht, offen und ehrlich mit anderen darüber zu reden. Kaum jemandem habe ich von meinen Depressionen erzählt. In meinem Alter kann das, wie ich glaube, schnell von Gleichaltrigen als Schwäche abgestempelt werden. Man wird dann zu einer Person, mit der man keinen Spaß haben kann. Es kursieren einfach zu viele Vorurteile.

Gerade in diesem Jahr musste ich feststellen, dass man mit Depressionen nicht mehr in unsere stark leistungsorientierte Gesellschaft passt. Ich besuche die elfte Klasse einer Gesamtschule und komme meinem Abitur also langsam näher. Der Druck und die Erwartungshaltungen, die auf mir und meinen Mitschüler*innen lasten, nehmen nun stetig zu. Ich weiß von manchen Bekannten, dass sie auch nach dem Ende des Lockdowns noch mit Problemen wie Traurigkeit und Motivationslosigkeit zu kämpfen haben – nicht, weil sie faul sind, sondern weil die Einsamkeit und das Homeschooling für viele so belastend waren. Wieder andere haben mir erzählt, dass ihre depressiven Episoden während der Pandemie schlimmer wurden. Die fehlende Struktur im Alltag sowie die fehlenden Perspektiven waren ein großes Problem und haben Nachwirkungen bis heute.

Alles scheint plötzlich unwichtig und der Mühe nicht wert

Ohne Motivation und mit der Antriebslosigkeit, mit der viele Betroffenen zu kämpfen haben, werden oft schon Kleinigkeiten zu einem großen Problem. So ist es auch bei mir. Alles schien mir plötzlich vollkommen unwichtig und der Mühe nicht wert. Immer noch ist es schwierig für mich, mich selbst zu motivieren und aus dem Bett zu kommen. Ein Teil von mir weiß, dass die Schule wichtig ist und ich doch lernen sollte. Dem anderen, größeren Teil aber ist das egal.

Dieser andere Teil zieht mich nach unten und fesselt mich an meine Gedanken und an mein Bett. Bin ich erst einmal in negativen Grübeleien versunken, ist der ganze Tag gelaufen. Ich bin zugleich wütend und traurig, verzweifelt und genervt – auch bei unbedeutenden Anlässen oder ganz ohne Grund.

FOTO: IMAGO IMAGES/ANP

Diese Traurigkeit wächst manchmal zur Verzweiflung und kann bei mir mehrere Tage lang anhalten, bis es mir langsam wieder besser geht. Die Depression wurde so schlimm, dass ich rund einen Monat krankgeschrieben war, weil ich nichts mehr auf die Reihe bekommen habe. Auch nachdem ich offiziell zurück im Distanzunterricht war, habe ich Aufgaben nur sporadisch erledigen können.

Das führte dazu, dass mein Notendurchschnitt von einer soliden 1,6 auf eine 3,0 abrutschte. Aber ich habe das große Glück, dass meine Stufenleiterin sehr verständnisvoll ist und mir bis heute zur Seite steht. Doch das ist nicht selbstverständlich.

Depressionen kann man Menschen oft nicht ansehen. Aus Scham verstellen sich viele, keine*r soll die Krankheit bemerken. Auch zwei Klassenkameradinnen, denen ich mich anvertraute, waren sichtlich überrascht. Es kann auch vorkommen, dass man die Depression selbst erst zu spät bemerkt. Es ist ein schleichender Prozess, niemand wird von heute auf morgen depressiv. Zuerst sind nur ein paar dunkle Wolken zu sehen, bis man sich in einem Sturm wiederfindet, aus dem man alleine nicht mehr herausfindet.

Insbesondere Jugendliche leiden unter der Pandemie

Ein großes Problem: Psychische Erkrankungen sind weiterhin ein Tabuthema, dabei sind sehr viele Menschen betroffen. Bereits im Jahr 2020, als noch gar nicht abzusehen war, wie lange uns Covid-19 beschäftigen würde, wies die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) in einer Pressemitteilung auf Depressionen und Angstzustände als mögliche Folgen von Existenzängsten und fehlenden sozialen Kontakten während der Pandemie hin. Eine Studie der Betriebskrankenkasse Pronova, bei der 150 Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen im Oktober 2020 befragt wurden, zeigte, dass es eine deutlich erhöhte Nachfrage nach psychologischer Hilfe gab. Rund 80 Prozent der befragten Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen gaben an, seit der Pandemie öfter die Diagnose Depression zu stellen als zuvor. Und eine aktuelle Studie aus der Schweiz, veröffentlicht im »International Journal of Environmental Research and Public Health«, ergab, dass Kinder und Jugendliche besonders stark unter den Folgen des Lockdowns gelitten haben. Generell ergaben alle Untersuchungen bislang, dass Ängste und Depressionen während der Pandemie zugenommen haben.

Spätestens in Zeiten von Corona und Lockdown kennen also viele das Gefühl der Einsamkeit und Lustlosigkeit. Wieso sprechen wir nicht offen darüber? Als Betroffener sage ich: Es muss endlich ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden, damit alle darüber sprechen können, ohne dass es ihnen unangenehm sein muss. Psychisch Erkrankte sind dieser Situation oft jeden Tag alleine ausgesetzt und müssen doch irgendwie weitermachen. Das braucht Mut und Stärke!

Was kann man aber tun, wenn man vermutet, dass jemand aus dem Bekanntenkreis mit solchen Problemen zu kämpfen hat?

Depressionen äußern sich individuell verschieden. Nicht alle sind gereizt und auch nicht alle sind andauernd traurig, nicht alle sind antriebslos und nicht alle haben ständig Symptome. Doch genauso individuell wie die Krankheit selbst, muss auch die Hilfe für den kranken Menschen sein. Das Wichtigste dabei ist, für den Menschen da zu sein und ihm zu signalisieren, dass er nicht allein ist. Motiviere die Person, unternimm etwas mit ihr, lenke sie ab und biete ihr Gespräche an. Hör ihr zu. Ich kann bestätigen, dass schon alleine das Sprechen über manches Problem hinweghilft.

Um sich selbst helfen zu können, ist der erste wichtige Schritt, sich einzugestehen, dass man Hilfe braucht. Entweder man vertraut sich Freund*innen und Familie an oder meldet sich bei Therapeut*innen und Psycholog*innen. Zusammen geht es immer besser als allein!

Wichtig ist außerdem, dass man möglichst früh handelt. Wenn man erste Anzeichen bemerkt, sollte man konsequent dagegenhalten. So kann Schlimmeres verhindert werden.

Wohin mit Depressionen?

Wer Depressionen hat, muss die nicht allein bewältigen, sondern sollte sich Hilfe suchen bei Eltern, Freunden oder Fachleuten.

Mehr Informationen und Kontaktadressen: www.deutsche-depressionshilfe.de/depression-infos-und-hilfe

Tom-Lennart Marquas, Oberstufenschüler der Gesamtschule Schermbeck

q.rage heißt das jährlich erscheinende Magazin von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*, gemacht von Schüler*innen des Courage-Netzwerks. Einige der tollen Schüler*innen-Texte drucken wir in loser Folge in der *bbz*. Viel Spaß beim Lesen! Unter *qrage.online* findet ihr alle Texte des Magazins und noch mehr.

Zeitzeugin, Autorin, Vorbild

Die Trauerrede für Inge Deutschkron (*1922 – †2022) wurde bei ihrer Beerdigung am 6. April 2022 gehalten.

von Volker Ludwig

Heute nehmen wir Abschied von Inge Deutschkron. Von der kämpferischen Zeitzeugin, der großen Journalistin und Autorin, die am 30. Januar 2013 die Rede zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag hielt, von der gefeierten Ehrenbürgerin Berlins.

Inges Geschichte ist bekannt. Die 12 Jahre ihrer gestohlenen Jugend in Berlin unter den Nazis, davon drei Jahre als versteckte Jüdin, hat sie in ihrem Buch »Ich trug den gelben Stern« mit großem Können eindrucksvoll beschrieben. Millionen haben das Buch gelesen, und Hunderttausende konnten mit dem GRIPS Theaterstück »Ab heute heißt du Sara« Inges Geschichte auf vielen deutschen Bühnen nacherleben.

Die Premiere im Februar ‘89 fand 10 Tage nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt, bei der die neonazistischen Republikaner acht Prozent bekamen. Unser Stück war wieder mal das aktuellste von Berlin und ein gewaltiger Erfolg. Während die älteren Zuschauer betroffen an ihrer Vergangenheit kauten, waren die Jugendlichen hell empört, aufgewühlt, wütend über Inges Schicksal – wie über das einer besten Freundin, die man verstecken will, weil sie plötzlich abgeschoben werden soll. So verschafften die vielen jungen Menschen im GRIPS Theater Inge nach und nach ein neues Vertrauen in die Zukunft, in die nächste Generation und zu Berlin. Sie wurde fortwährend in Schulen eingeladen, um mehr zu erzählen und sich ausfragen zu lassen, und fand sofort den richten Ton. Und als zur Zeit von Rostock und Mölln Neonazis Inge mit Briefen und Anrufen terrorisierten, waren es die Kinder und Jugendlichen, die Inge mit Hunderten von Briefen Mut zum Bleiben machten, mit »Hier ist Ihr Zuhause«, »Lassen Sie uns nicht mit diesen beschissenen Nazis alleine« oder »Haben Sie Probleme, wenden Sie sich an uns!«

Im Buch wie im Stück gibt es einen besonders schrecklichen Moment, der auf den Ursprung der unvergleichlichen Energie hinweist, die wir an Inge Deutschkron so bewundert haben. Es ist der 27. Februar 1943, der Tag der sogenannten Fabrikation, an dem die letzten Berliner Juden abgeholt wurden. Alle. Inge kann es aus ihrem Versteck beobachten – und fühlt sich schuldig. Wie eine Verräterin. Ein für uns kaum nachzuvollziehendes Gefühl, von dem aber viele Überlebende berichtet haben. Warum werde gerade ich verschont? Ich gehöre doch zu ihnen. Dieses Übrigbleiben muss doch irgendeinen Sinn haben. Wer auch immer, lässt mich am Leben für etwas, das zu tun bleibt: Bis zum letzten Atemzug dafür zu kämpfen, dass sich solches Grauen nicht wiederholt.

Inge hat unendlich viel angestoßen und erreicht. Ich erwähne nur das Blumenprojekt von Schüler*innen am Auschwitztag oder das »Mahnmal Gleis 17«. Sie wurde viel geehrt. Das Bundesverdienstkreuz hat sie zwar dreimal abgelehnt. Sie wollte keinen Orden mit Hunderten alter Nazis teilen, die ihn unter Adenauer bekommen hatten. Den Berliner Landesverdienstorden ließ sie sich dagegen mit Freuden von Klaus Wowereit umhängen. Den gibt es erst seit 1978. Und von Herzen Berlinerin war sie immer.

Der größte Coup gelang Inge vor vier Jahren: Da erhielt der zentrale Stadtplatz der neuen Europa-City den Namen »Otto-Weidt-Platz«. Mitten in Berlin. Obwohl Weidt keine Frau war. So etwas schafft nur Inge Deutschkron.

Fast hundert Jahre hat sie das durchgehalten. Um ganze 77 Jahre hat sie das braune Pack überlebt. Was für ein Sieg!

Liebe Inge, jetzt kannst du endlich ausruhen. Du kannst gewiss sein, dass wir Dein Werk in Deinem Sinne fortsetzen.

Inge, der Kampf geht weiter!

Die Inge-Deutschkron-Stiftung will erhalten, wofür Inge Deutschkron steht und wofür sie sich ihr Leben lang eingesetzt hat. Das ist Aufklärungsarbeit gerade auch für jüngere Generationen und ein aktives Gedenken. www.inge-deutschkron-stiftung.de

Dietrich Lehmann hat die Rede für die bbz gekürzt.

Volker Ludwig, Dramatiker und Theaterleiter, Begründer des modernen Kindertheaters

AUTORENFOTO: AXEL LAMBRETTE/CC BY-SA 3.0 DE; FOTO OBEN: IMAGO IMAGES/BECKER&BREDEL

Über Schule schreiben? Nichts leichter als das!

Tipps für Quereinsteiger im Bildungsjournalismus

Du wolltest eigentlich zum Feuilleton. Oder wenigstens ins Sportressort. Aber auf keinen Fall in die Bildungsredaktion. Die zuständige Kollegin ist jedoch schwanger. Du sollst sie vertreten. Das kann deine große Chance sein. Das Einfallstor in die Politredaktion. Näher ran an den Textchef. Vielleicht wird sogar das Fernsehen auf dich aufmerksam! Dort verdient man wesentlich mehr als beim Zeilenschinden.

Du hast keine Ahnung von Schule? Erinnere dich einfach an früher. Was hat dir damals missfallen? Irgendein Rohrkrepierer unter den Lehrkräften wird sich schon finden. Den nimmst du einfach als Vorbild für kritische Artikel. Denk an die Peinlichkeiten deiner Schulzeit. Theaterstücke mit verteilten Rollen lesen, Gedichte auswendig lernen, Besinnungsaufsätze schreiben: entsetzlich. An der Tafel Rechenaufgaben lösen: qualvoll. Im Sportunterricht Mannschaften bilden: demütigend. Das alles ist zwar schon eine Weile her, aber du kannst deine Erinnerungen getrost auf die Schule von heute übertragen. Außer ein paar angefressenen Lehrern wird dir niemand widersprechen.

Beginnen wir mit der richtigen Terminologie. Es ist dabei völlig egal, ob du dir darunter etwas vorstellen kannst: Individualisierung, Inklusion, Binnendifferenzierung, spielerisches Lernen, projekt- und erlebnisorientierter Unterricht, moderne Hirnforschung. Wirf in deinen Artikeln mit »Kompetenzen« um dich (Medien-, Selbst-, Kultur-, Lebenskompetenz) und denk dir jeden Monat ein neues Fach aus, das die Schule ganz dringend vermitteln muss: Börsengänge, Benimmregeln, Steuererklärungen, Kampfsport, Emotionen, Raumfahrt, Golf. Oberstes Prinzip der modernen Schule ist SPASS! Selbst beim Vokabellernen.

Folgende Begriffe solltest du verwenden, wenn du eine besonders schlechte Schule in den Fokus stellen willst: Frontalunterricht, Lehrervortrag, Überalterung, Pensionierungswelle, Kevinismus, Kreide, Tafel, »Bildung« statt Kompetenzen.

Du wirst schnell merken, dass die Bundesrepublik bei internationalen Vergleichen miserabel abschneidet. Das kannst selbst du als Laie ganz leicht erklären: In den Schulen fehlen Laptops, und kein Lehrer ist auf heterogene Lerngruppen vorbereitet. Und diese Querköpfe bilden sich auch nicht weiter, obwohl es an den Hochschulen von praxiserfahrenen Experten mit wertvollen Tipps nur so wimmelt!!! Statt sich fortzubilden, verursachen und zementieren die meisten Lehrkräfte soziale Unterschiede.

Wenn du mal echte Schulen besuchst, achte vor allem darauf, wie die Kinder sitzen. Frontal und vereinzelt: gruselig. In Teams an Tischgruppen, kreuz und quer im Raum verteilt: toll. Schüler, die aufgeregt mit Tablets durchs Gebäude rennen: wunderbar. Lebendige Schule heißt z.B., dass alle Kinder auf dem Fußboden herumkegeln und die Lehrerin mittendrin liegt. Begeistere dich für alles, was du aus deiner Schulzeit nicht kennst: Wissensquiz auf dem Smartphone, Recherche im Internetraum, Gymnastik nach Zahlen, Grammatik als Zirkeltraining, Brabbelphasen, Placemat, Fish-Bowl, Wundere dich nicht, dass hinter solchen Begriffen oft nur Banalitäten stecken: Schüler kommunizieren miteinander oder zeigen sich was… Du musst auch nicht untersuchen, ob die einzelnen Methoden eigentlich effektiv sind. Kein Journalist tut das! Stell in deinen Artikeln Lehrkräfte als ganz besonders heraus, die mit ihren Schülern auch mal reden und sich um sie kümmern!

Du musst vor allem eins verinnerlichen: Schule steht im wertfreien Raum und ist als Sündenbock für alle möglichen Fehlentwicklungen hervorragend geeignet. Es gibt keinen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Missständen, sozialer Spaltung oder gar mit »kapitalistischen Verwertungsprozessen«, wie manche Alt-68er behaupten. Hüte dich vor solchen Gedanken und Formulierungen, forsch nicht nach übergreifenden Ursachen und stell auf keinen Fall die Systemfrage! Sonst wird das später nichts mit der Nähe zur Chefredaktion oder der eigenen Fernseh-Talkshow!

Gabriele Frydrych

Der Text ist auf Wunsch der Autorin nicht nach den Richtlinien der Redaktion gegendert.

»Gruppen der GEW«
FG sozialpädag. FK an Schulen
bbz 09/10 2022

Die Berliner Bildungslandschaft ist geprägt durch eine bunte und diverse Trägervielfalt. Insbesondere in der Sozialen Arbeit aber auch in den Kitas und der ergänzenden Förderung und Betreuung an den Ganztagsschulen sind die vielen freien Träger der Jugendhilfe nicht mehr wegzudenken. Mit ihnen die vielen Kolleg:innen, die gerne bei ihrem Träger arbeiten und sich ganz bewusst gegen eine Anstellung im öffentlichen Dienst entschieden haben. Die GEW BERLIN darf sich aus unserer Sicht dieser Realität nicht verschließen. Allein durch eine »Rückführung des sozialpädagogischem Personals« in den öffentlichen Dienst wird ein Arbeiten auf Augenhöhe nicht erreichen zu sein. Es gilt eine Strategie zu entwickeln, eine GEWerkschaft für alle sozialpädagogischen Fachkräfte gleichermaßen zu sein. Natürlich gehört es hier dazu, dass wir als GEW gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für alle Kolleg:innen fordern, unabhängig davon, wo sie beschäftigt sind!

Christiane Weißhoff und Fabian Schmidt

Fusion Leopold-Ullstein-Schule – Kläre-Bloch-Schule

Und sie haben es wieder getan! Zum Schuljahr 2022/23 fusionierten die Leopold-Ullstein-Schule und die Kläre-Bloch-Schule, eine Abendschule im selben Gebäude. Nun bleibt nichts für alle Ewigkeit und warum sollen Schulen nicht zusammengelegt werden, wenn es Sinn ergibt. Aber es muss eben Sinn ergeben und es muss durchdacht durchgeführt werden. Und das passiert erneut nicht. Zwei Tage vor den Osterferien informierte die Schulaufsicht die Kollegien über die Fusion, die Schulleitungen wenige Tage vorher. Die beiden Schulleitungsmitglieder der Kläre-Bloch-Schule verließen im Sommer ihre Schule, deren Stelle bzw. Abminderungsstunden werden künftig eingespart und die Kläre-Bloch-Schule wurde in eine der beiden Abteilungen der Leopold-Ullstein-Schule integriert. Abgesehen von der Aufregung ging nach den Osterferien der Stress los. Anders als die unvorbereitete Schulaufsicht machten sich die Schulleitung(en) nun Gedanken zum Zusammenschluss. Was ändert sich für die Kolleg*innen? Wie arbeiten zwei Schulen zusammen, von denen die eine um 15.15 Uhr Unterrichtsschluss hat, aber die andere erst um 17 Uhr beginnt? Wie soll die Schulleitung oder Abteilungsleitung bis 22 Uhr präsent sein? Welche Verbindungen gibt es zwischen der Tagesschule und der Abendschule? Wann finden Fachkonferenzen und Besprechungen statt? Wie wird die Schulorganisation zusammengeführt und wie soll ein einheitlicher Internetauftritt aussehen? Zumal der Name Kläre-Bloch irgendwie erhalten bleiben soll. Auch auf Zeugnissen? Beide Schulen haben den Bildungsgang »Fachoberschule«, aber völlig unterschiedliche Schülerklientel. Nach den desaströs durchgeführten Fusionen von Friedrich-List-Schule (OSZ Wirtschaftssprachen) und OSZ Bürowirtschaft II einerseits und OSZ Bautechnik II und OSZ Holztechnik andererseits, denen Schulleitungen und große Teile des Kollegiums zum Opfer fielen, indem sie krank wurden oder die Schulen verließen und folglich Bildungsgänge stark beeinträchtigt wurden, sollte sich dies nicht wiederholen. In der Folge wurde seinerzeit in der Berufsbildungsabteilung der Senatsbildungsverwaltung innerhalb des Entwurfs für einen Schulentwicklungsplan 2019 – 2024 ein Leitfaden erstellt, der die Durchführung von Fusionen beschreibt. Er enthält 41 Punkte und eine detaillierte Auflistung der einzelnen Schritte und Beteiligten. Ein wichtiger Punkt ist die externe Beratung. Im konkreten Fall war jedoch dafür kein Geld vorhanden, u. a. weil es zu spät durch die Schulaufsicht angemeldet wurde. Naja, der Schulentwicklungsplan wurde nie verabschiedet, deshalb braucht man sich wohl nicht daran zu halten. Die zuständige Schulaufsicht hielt sich weitgehend heraus, und so bürdete man die personelle und strukturelle Zusammenführung der Schulleitung auf, die in Teilen neu im Amt ist. Die komplette Leitungsarbeit der Kläre-Bloch-Schule hat die Leopold-Ullstein-Schule zu übernehmen. Der betroffene Abteilungsleiter hat daraufhin im Sommer hingeworfen und widmet sich anderen Aufgaben. Ob die im Herbst vorgesehene nachholende, punktuelle externe Unterstützung hilft, ist noch offen. Eine Abendgangleitung wird es evtl. geben, wenn diese Stelle aus dem Stellenpool der Leopold-Ullstein-Schule genommen wird. Vorerst gibt es für den Abendunterricht keine richtige Leitung. Stunden im Umfang einer vollen Stelle wurden eingespart, die Arbeit bleibt. Letztlich ist es ein ungeplanter, schlecht durchgeführter Prozess auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen. Sie haben es also wieder getan, und wieder schlecht. Die Abteilung Berufsbildung der Schulverwaltung ist offenbar keine lernende Organisation!

Hartmut Hannemann

Aufklärung Fehlanzeige

Wenn sich die gut situierten m/w Pensionäre, Rentner und Rentnerinnen nicht gerade über ihre Gesundheit, Urlaub und Gartenpflanzen unterhalten und auf die aktuelle Politik zu sprechen kommen, dann ist für jede größere politische Schweinerei der böse Russe und Putin verantwortlich. Es ist die modifizierte Fortsetzung der allgemeinen Bewusstseinswäsche, wie sie von den Großeltern, Eltern und bürgerlichen Konzern-, Bild- und GEZ-Medien und deren Parteien, Parlaments- und Regierungspolitik übernommen wurde. Fazit: Bis heute gibt es keine bildungspolitische Aufklärungsarbeit; so auch nicht für die Jugend in Deutschland. Lese-Empfehlung: Wilhelm Reich: Die Massenpsychologie des Faschismus. Rainer Mausfeld: Warum schweigen die Lämmer? Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945.

Reinhold Schramm,
Gewerkschafter seit März 1969

SCHREIB UNS!

Willst du auch einen Artikel aus der bbz kommentieren? Dann schreib uns an bbz@gew-berlin.de *– wir freuen uns!*

Die jüdische Autorin, Publizistin, Journalistin und Zeitzeugin Inge Deutschkron, welche am 9. März 2022 verstorben ist (siehe S. 38), im Kreis der »Sara«-Schauspielerinnen 2016 . Seit 1989 ist das Theaterstück »Ab heute heißt du Sara«, die Dramatisierung ihres autobiographischen Berichts »Ich trug den gelben Stern«, im GRIPS Theater zu sehen gewesen. Nun wird das Stück wiederaufgeführt, Premiere ist am 4. November 2022 im Grips Theater.

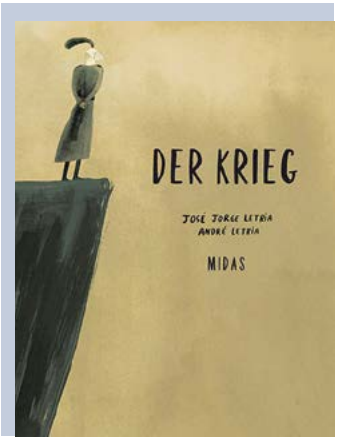
FOTO: ADRIAN JANKOWSKI

BÜCHER

Die Bilder des Krieges

Was Krieg bedeutet, wie er sich anfühlt und was er mit den Menschen und ihrer Umwelt anrichtet, wird in diesem Bilderbuch auf eindrucksvolle Weise allegorisiert. Bedrohlich nähert sich der Krieg erst textlos, kriecht von links nach rechts ins Buch – und stellt die alles überschattende Angst archetypisch als Schlangen, Spinnen und Käfer dar. Eindringlich schleicht sich über die vom Autor José Jorge Letria gewählte anaphorische Satzstruktur der Krieg ins Ohr (Der Krieg ...). So definiert die Textebene wiederholend, was sich auf der Bildebene als brutale Form aller Ängste zeigt. Neben der Organisiertheit von Massenvernichtung, der Brutalität und den Trümmern veranschaulicht das Bilderbuch auch die unfassbare Zeitlosigkeit von Krieg. Fliegerbomben eben noch die eine Doppelseite besetzend, hinterlassen beim Umblättern Staubwolken auf einem aus der Vogelperspektive betrachteten Schema einer Stadt. Eine Buchseite weiter rücken Panzer und Soldat*innen über die Grenze der Doppelseite und füllen den Raum um den Satz »Der Krieg ist das letzte Versteck des Todes«. Seiten zuvor präsentieren sich Kopfbedeckungen von Krieger*innen bzw. Soldat*innen wie Napoleons Zweispitz und weitere unterschiedliche Rüstungshelme in einer Galerie der Kriegsgeschichte wie Ausstellungsstücke. Die dunkle Farbpalette aus Braun- und Ockertönen, Blau und Schwarz trägt den dystopischen Tenor und unterstützt die metaphorische und symbolische Ausdrucksweise in Bild und Text. José Jorge Letria und André Letria haben als Vater-Sohn-Team bereits mit dem Bilderbuch »Wenn ich ein Buch wäre« (2016) großartige Literatur im Kinderbuchbereich geschaffen. 2021 mit dem Bologna Prize for the Best Children's Publishers of the Year nominiert, präsentiert der von dem Illustrator André Letria geschaffene unabhängige portugiesische Verlag Pato Lógico Bücher, die kritisches Denken fördern und Reflexionen über Menschen und die Welt anregen sollen. Nicht zuletzt haben wir es mit José Jorge Letria mit einem Autor zu tun, dessen Werke vielfach ausgezeichnet wurden und seit der Revolution 1974 in Portugal, der sogenannten Nelkenrevolution, die der Diktatur ein Ende setzte, eine wichtige Rolle in der portugiesischen Kinder- und Jugendliteraturgeschichte spielt.

Rezension von Farriba Schulz



➔ *José Jorge Letria/André Letria (2022): »Der Krieg« Midas Kinderbuch, 64 Seiten, 18 €, ab 9 Jahren*

»Ich denke oft daran, die Schule zu schwänzen, doch dann fällt mir ein, dass ich die Lehrerin bin!«

Als Tochter eines Försters im Wald in Mecklenburg aufgewachsen, schildert die Autorin ihren Weg – von der Schule, über das Lehramtsstudium, der ersten Anstellung im DDR-Schulbetrieb, bis hin zum kleinen Teilchen im Mahlwerk der Kultusbürokratie. Wir erfahren, dass die DDR-Mangelwirtschaft nach der Wende nahtlos durch fehlende Etats ersetzt wurde, von Schulschließungen, Fusionierungen und Umsetzungen – die viele Jahre lang den Berufsweg der Autorin begleiteten. Wir erfahren, wie es ist, sich anzupassen und in das Schicksal zu fügen oder den eigenen Prinzipien treu zu bleiben und sich unbeirrt dem zu widmen, was die Hauptaufgabe einer Lehrkraft ist, auch wenn das mit persönlichen Konsequenzen verbunden sein kann, die bis ins Burnout führen: den Kindern und Jugendlichen eine gute Ausbildung bieten und sie auf das (Erwerbs-) Leben vorzubereiten. Egal wie gut oder schlecht es einem selber geht.

➔ *Sabine Neye (2022): »Experiment Leben – Vom Lehramt ins Burnout und wieder zurück« Lehmanns Media, 164 Seiten, 14,95 €*

ANZEIGE

KLAPPE AUF, GRIPS AN.

GRIPS THEATER

Ab heute heißt Du Sara

Von Volker Ludwig und Detlef Michel, nach dem Roman „Ich trug den gelben Stern" von Inge Deutschkron

15+

Ab 4. November

Ort GRIPS Hansaplatz, nur mit Kartenreservierung
Tickets & Infos 030 – 39 74 74 - 77 oder www.grips-theater.de

Blick ins Tagebuch einer Geplagten

Das Buch »Ich und du – Schule zu und digital im Nu« wirft einen humorvollen und zugleich kritischen Blick auf 24 Monate des Umgangs mit der Corona Pandemie an einer Schule in Berlin-Neukölln. Klappte die versprochene Digitalisierung der Schule oder klappte sie nicht, waren die Schüler*innen für einen solchen Unterricht motiviert oder waren sie es nicht, lief der Online Unterricht gut oder mehr schlecht als recht? Wer wissen will, wie alles war, nimmt sich dies Buch und liest dann mal.

➡ *Ada M. Hipp (2022): »Ich und du – Schule zu und digital im Nu – Blick ins Tagebuch einer Geplagten« epubli, 456 Seiten, 17,99 €*

ANZEIGEN

Extra Buch

VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN

z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...

Mehringdamm 66
10961 Berlin
(030) 789 51 797
extrabuch@t-online.de
www.extra-buch.de
Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2022

- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Umgang mit unfairer Argumentation
- Das Puppenspiel in der pädagogischen und sozialen Arbeit
- Lampenfieber als Herausforderung

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

Ihre Farbanzeige in der *bbz*

Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 57 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«. Tel. 030 - 613 93 60 oder info@bleifrei-berlin.de

MATERIAL

Film und Bildungsmaterial zu Wehrmachtsverbrechen in Griechenland

Der Verein Respekt für Griechenland e.V. (RfG) ist in der Finanzkrise gegründet worden und thematisiert unter anderem die nie aufgearbeiteten Wehrmachtsverbrechen in Griechenland während der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg. Eines dieser Verbrechen ist Thema des Films »Der Balkon«. Lyngiades, ein Dorf in Nord-Griechenland, wird wegen seiner wunderbaren Aussicht der »Balkon« genannt und war 1943 Schauplatz eines Massakers der deutschen Besatzer. Der Verein stellt Begleitmaterial für Lehrende und Lernende zur Verfügung und bietet einen kostenlosen Zugang zum Film. Der Film führt zu Fragen, die im Geschichtsunterricht, Politischer Weltkunde, Religion, Ethik und Deutsch behandelt werden könnten.

Begleitmaterial, weitere Informationen und Filmzugang siehe »Informationen für Pädagogen und Multiplikatoren«: https://respekt-fur-griechenland.de/?p=5628

Elternratgeber zur Radfahrausbildung in der Grundschule

Um Eltern mit wenigen oder fehlenden Deutschkenntnissen die Verkehrserziehung ihrer Kinder näherzubringen, hat der Fachverlag der Deutschen Verkehrswacht (DVW) eine kompakte Broschüre zur schulischen Radfahrausbildung erstellt und in 10 Fremdsprachen übersetzen lassen. Darunter sind Ukrainisch, Englisch, Französisch, Türkisch und Arabisch. Der Elternratgeber soll einen Einblick geben, warum die Radfahrausbildung in der 3. und 4. Klasse wichtig ist, welche Inhalte vermittelt werden und wie Eltern zuhause unterstützen können. Daneben gibt es grundlegende Informationen über das verkehrssichere Fahrrad, den Fahrradhelm, eine Übersicht über die wichtigsten Verkehrszeichen für Radfahrende und Tipps zum gemeinsamen Üben mit dem Kind.

Die Broschüre ist hier verfügbar: www.verkehrswacht-medien-service.de/grundschule/die-radfahrausbildung/radfahrausbildung-in-der-schule-elterninformationen-in-10-fremdsprachen

AKTIVITÄTEN

29.11. GEW-Fachtagung zur Schulsozialarbeit

»Die Schulsozialarbeit braucht verdammt nochmal eine Gewerkschaft.« So lautet das Motto unserer Fachtagung. Oft sind Schulsozialarbeiter*innen Einzelkämpfer*innen im System Schule, denn unterschiedlichste Anstellungsbedingungen und Finanzierungsstrukturen sowie rechtliche Grundlagen führen häufig zu Vereinzelung der Schulsozialarbeit in den Schulen und in der Berliner Bildungslandschaft. Die GEW BERLIN möchte die Beschäftigten der Schulsozialarbeit zusammenbringen und sie vernetzen. Kommt zum Fachtag, macht euch für die Schulsozialarbeit stark!

Anmeldung bis 14.11.: www.gew-berlin.de/veranstaltungen/detailseite/fachtagung-der-gew-berlin-schulsozialarbeit-herausforderungen-und-visionen

Mahnwache der GEW am 9. November

Vor 84 Jahren, im November 1938, übten Angehörige von SA, SS und Hitlerjugend, aber auch ganz normale Bürger*innen massive Gewalt gegenüber der jüdischen Bevölkerung aus. Auch 33 Jahre nach dem Fall der Mauer wollen wir mit einer Mahnwache die Erinnerung an die Novemberpogrome wachhalten. Wir treffen uns am 9. November um 18 Uhr an der Gedenktafel vor dem U-Bahnhof Wittenbergplatz.

ANZEIGEN

Debeka-Landesgeschäftsstelle
Werdauer Weg 3 a
10829 Berlin
Telefon (030) 78806-0

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes
Debeka
Das **Füreinander** zählt.

ANZEIGE

07. NOV	17.30 UHR	**AG Berufsverbote**
08. NOV	16.00 UHR	**AG Schwule Lehrer**
09. NOV	19.00 UHR	**Fachgruppentreffen Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
10. NOV	17.30 UHR	**Mitgliederversammlung Mete-Ekşi-Fond**
15. NOV	17.00 UHR	**AG Quereinstieg – hybrid**
15. NOV	18.30 UHR	**Abteilung Berufsbildende Schulen**
16. NOV	14.30 UHR	**Senior*innen/Junge Alte**
16. NOV	17.00 UHR	**AG Frieden**
16. NOV	18.00 UHR	**AG Lesben – Ort per Mail erfragen**
16. NOV	18.30 UHR	**AG LGBTQAI***
17. NOV	18.00 UHR	**Kita AG**
18. NOV	18.00 UHR	**Fachgruppe Erwachsenenbildung**
22. NOV	17.00 UHR	**AG Medienbildung**
24. NOV	15.30 UHR	**AG Jugendliteratur und Medien**
24. NOV	18.00 UHR	**Fachgruppe sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen**
25. NOV	16.00 UHR	**Sprecherinnenrat – Kinoabend**
29. NOV	19.00 UHR	**AG Schwule Lehrer**
30. NOV	18.00 UHR	**Neumitgliedertreffen der GEW – online**
05. DEZ	16.30 UHR	**GEW-Betriebsgruppe HU – online**
05. DEZ	17.30 UHR	**AG Berufsverbote**
08. DEZ	20.00 UHR	**GEW Bezirk Mitte – Kneipenabend im Walhalla**
14. DEZ	14.00 UHR	**Senior*innen/Junge Alte – weihnachtliche Sitzung**
14. DEZ	17.30 UHR	**Mitgliederversammlung Vereinigung Berliner Schulleiter*innen**
14. DEZ	19.00 UHR	**Fachgruppentreffen Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
15. DEZ	17.00 UHR	**AG Quereinstieg – hybrid**
15. DEZ	18.00 UHR	**Kita AG**
15. DEZ	18.00 UHR	**Fachgruppe sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen**
16. DEZ	18.00 UHR	**AG Lesben – Ort per Mail erfragen**
21. DEZ	17.00 UHR	**AG Frieden**
21. DEZ	18.00 UHR	**AG LGBTQAI***

HINWEIS

Das GEW-Haus ist, abhängig von der aktuellen Entwicklung rund um die Corona-Pandemie, nur eingeschränkt geöffnet. Bitte informiert euch über den aktuellen Stand unter *www.gew-berlin.de*. Wenn ihr Fragen habt, meldet euch unter *info@gew-berlin.de*.

Bis zum 25. November für TUSCH bewerben

Für das Schuljahr 2023/24 können sich Schulen für eine dreijährige TUSCH Partnerschaft mit einem Berliner Theater bewerben. Im Zentrum der TUSCH Kooperation stehen Begegnungs- und Austauschformen sowie künstlerische Projekte, die möglichst viele Schüler*innen mit Theater als Kulturort und Kunstform in Berührung bringen. Weitere Informationen zum Bewerbungsablauf unter *www.tusch-berlin.de*.

SENIOR*INNEN

*Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an seniorinnen-team@gew-berlin.de oder schau in den Veranstaltungskalender unter www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender*

*Euer Senior*innen-Team*

Senior*innen Lichtenberg

• *Dienstag, 15. November | 15 Uhr*
Offenes Lesecafé
Wusstet Ihr schon, dass »Lesen betreutes Träumen« ist? Nein? Dann träumt mit uns im November! Wir stellen unsere Lieblingsbücher vor, lesen aus ihnen. Gern könnt Ihr auch aus Euren Lieblingsbüchern vorlesen. Treffpunkt: 15 Uhr Marzahner Promenade 38; Stadtteilzentrum; Fahrverbindung: Tram 6 und 16; Bus 191,192 bis Marzahner Promenade; Kontakt: Marina Wulff, Tel. 030/64 39 70 43

• *Freitag, 2. Dezember | 15 Uhr*
Vorweihnachtszeit
Wir wollen uns gemeinsam, die Lichtenberger und Marzahner Kolleg*innen, zu einem vorweihnachtlichen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen treffen. Die Kindergruppe »Marzahner Promenadenmischung« wird uns musikalisch erfreuen. Jede*r Senior*in kann sich gerne in die Gestaltung einbringen. Um Anmeldung bis zum 25. November 2022 wird gebeten (s. Kontakt). Kosten pro Person 3 Euro; Treffpunkt: 15 Uhr Marzahner Promenade 38; Stadtteilzentrum; Fahrverbindung: Tram 6 und 16; Bus 191,192 bis Marzahner Promenade; Kontakt: Ute Thomas, Tel.: 0174/ 254 38 07 und Christa Veit, Tel.: 030/ 97 27 87

Senior*innen Pankow

• *Dienstag, 22. November | 14 Uhr*
Abschlussveranstaltung, Rückblick 2022 und Ausblick auf 2023
Treffpunkt: 14 Uhr in der Begegnungsstätte Friedrichshain 15 / Ecke Bötzowstr.; verantwortlich: Kollegin Slateff

Chor

9. und 23. November, 7. und 21. Dezember um 17 Uhr, Lette Verein, Raum A 480, Victoria-Luise-Platz 6, 10777 Berlin; Kontakt: Peter Sperling und Christine Naumann, Tel. 030/28 43 25 01

Singkreis

2. November um 14:30 Uhr; 16. und 30. November, 14. Dezember um 16.30 Uhr, Lette Verein, Raum A 480, Victoria-Luise-Platz 6, 10777 Berlin; Kontakt: Luis von Simons, Tel. 0170/544 60 76 und Ulfert Krahé, Tel. 030/833 33 63

Geburtstagsstammtisch GEW Ruheständler*innen

23. November um 14.30 Uhr im GEW-Haus, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 030/471 61 74

FOTO RÜCKSEITE: GEW BERLIN

Echter Nachteilsausgleich jetzt!

Mehr Informationen
www.gew-berlin.de/faq-verbeamtung

Nach langem Warten hat der Senat Mitte Oktober nun den Entwurf eines Artikelgesetzes zur Verbeamtung vorgestellt. Dass der Senat weiter kein Modell für einen Nachteilsausgleich für diejenigen Lehrkräfte vorlegt, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, grenzt an Wahlbetrug. Wichtige Fragen zur Verbeamtung beantworten wir in unseren FAQ.

GEW BERLIN

Ahornstraße 5 | 10787 Berlin | Tel. 21 99 93-0 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de